

III. Neue Denksysteme? Das Ringen um gültige Wissensbestände

1. „Alternative Clausewitz“: Die Konstruktion und Darstellung von Gegenexpertise

Wer von den Sozialdemokraten meinte, der Kalte Krieg sei ein Relikt der Vergangenheit, der hielt auch die Wissensbestände dieses Ordnungssystems für nicht mehr gültig. Dass das Gleichgewicht den Frieden sichere, dass Atomwaffen den Gegner abschreckten, dass die Sowjets offensive Absichten hegten und dass der Sicherheitsbegriff der NATO alternativlos sei – diese zentralen Parameter des Ost-West-Konflikts verloren in den achtziger Jahren ihre Legitimität. Das Wissen des Kalten Krieges – verstanden als wissenschaftlich gerechtfertigte Einsicht in die Voraussetzungen des Konflikts und damit als Ermöglichung politischen Handelns¹ – galt vielen Nachrüstungskritikern als überwindungsbedürftig, weil es aufgehört hatte, bei der Erklärung der Welt adäquat zu funktionieren. Also hinterfragten sie, wie die NATO-Fürsprecher ihre politischen Ziele untermauerten, und sie begannen, ihren eigenen Sachverstand zu entwickeln. Sie machten sich auf die Suche nach einer neuen Expertise, mit der sie die Welt anders erklären konnten.² Blickt man darauf, wie SPD-Mitglieder und Sympathisanten zwischen etwa 1980 und 1983 dem Wissenssystem des Kalten Krieges den Rücken kehrten, wird auch deutlich, wie die SPD die Nachrüstkongresskontroverse austrug. Denn der Abschied vom Kalten Krieg, den große Teile der Sozialdemokratie vollzogen, strukturierte ihren innerparteilichen Streit um die Atomraketen. Früh war klar: Als die SPD so erbittert diskutierte, ging es darum, wer in ihren Reihen bestimmte, welchen Ideen Geltungskraft zukam. Das Chaos der innerparteilichen Machtkämpfe verdeckte zeitweilig, dass der Konflikt um die Raketen nichts anderes als ein Gefecht darum war, wer die Wirklichkeit definierte. Nur derjenige durfte darauf hoffen, sein Bild von der Welt durchzusetzen, der es vermochte, sie schlüssig zu erklären.

In den frühen achtziger Jahren fluteten „alternative Clausewitz“ die Ortsvereinsitzungen der SPD.³ Sie besetzten die Köpfe der Genossinnen und Genossen und definierten um, was als wirklich zu gelten hatte. Nun blieb nicht länger unhinterfragt, wenn Kanzler Helmut Schmidt für den Doppelbeschluss warb. Nachrüstungskritische Parteimitglieder schöpften aus dem gedanklichen Fundus derjenigen, für die es wissenschaftlich erwiesen war, dass es Alternativen zum Kurs der Bundesregierung gab. Dies brach die Grenze zwischen der „Elite“ und der „Parteibasis“ auf, die bislang durch eine ungleiche Verteilung der Ressource Wissen markiert gewesen war. Einfache Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen an der Basis eigneten sich Kenntnisse an, die es ihnen ermöglichten, mit der SPD-Spitze auf Augenhöhe zu streiten. Das war Teil einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, die die Geschichtswissenschaft als „Verwissenschaftlichung der Politik“ beschrieben hat.⁴ Sie war, wie Lutz Raphael betont, einer „der Basisprozesse“ im 19. und 20. Jahrhundert und schlug sich vor allem nieder in der „dauerhafte[n] Präsenz humanwissen-

¹ Vgl. Stehr/Ericson: Knowledge, S. 9–12.

² Vgl. Kuhn: Struktur, S. 104–106.

³ Krönke: „Alternative Clausewitz“. Für eine neue Strategie des Bündnisses, in: *Vorwärts*, 24. 5. 1984, S. 12.

⁴ So bei Metzler: Konzeptionen, S. 151–259; siehe ferner Szöllösi-Janze: Wissensgesellschaft.

schaftlicher Experten, ihrer Argumente und Forschungsergebnisse in Verwaltungen und Betrieben, in Parteien und Parlamenten, bis hin zu den alltäglichen Sinnwelten sozialer Gruppen, Klassen oder Milieus“.⁵ Experten definierten, was als ein Problem und was als wissenschaftlich zu gelten hatte. Sie waren der Ansicht, dass Politik nicht in erster Linie auf Deliberation beruhen sollte. Vielmehr vertrauten sie auf ihr Wissen, von dessen Wahrheit und Objektivität sie überzeugt waren.⁶

Als die Stationierung drohte, betraten „Gegenexperten“ die Bühne.⁷ Und sie setzten „Expertenvertrauen gegen Zukunftsangst“.⁸ Meist waren es Naturwissenschaftler und „Friedensforscher“, die sich in die Diskussion um den Doppelbeschluss einschalteten.⁹ Sie gingen akademischen Berufen nach und waren an Hochschulen oder außeruniversitären Forschungsinstituten tätig. Bereits für die Debatte um die zivile Nutzung der Kernenergie in den siebziger Jahren waren wissenschaftliche Gegenentwürfe zu dem, was Regierung und Bürokratie für wahr hielten, elementar gewesen.¹⁰ In der Nachrüstungskontroverse vollzog sich ein spiegelbildlicher Vorgang. Es trat, wie Corinna Hauswedell diese Entwicklung zusammenfasst, „eine Gruppe von Intellektuellen als ‚Gegenexperten‘ in Erscheinung, die sich auch auf Grund ihrer akademischen Herkunft nicht in einem prinzipiellen Widerspruch zur politisch-wissenschaftlichen Elite sahen“.¹¹ Sie verstanden sich als „Interpretationsspezialisten“¹², die Wissensbestände öffentlich verbreiteten und die Alternativlosigkeit der etablierten Deutungsmuster untergruben. Sie befriedigten damit eine gesamtgesellschaftliche „Nachfrage nach wissenschaftlichen Untersuchungen über sicherheitspolitische und militärstrategische Problembereiche sowie nach Vermittlern, die im Rahmen politischer Bildung und friedenspolitischer Arbeit in der Lage waren, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Analysen für Nicht-Wissenschaftler zu übersetzen“.¹³ In vielen zeitgenössischen und historiographischen Äußerungen wird dieser Vorgang etwas emphatisch als „Demokratisierung der Sicherheitspolitik“ beschrieben.¹⁴ Militärische Fragen seien, wie Ulrike Wasmuht hervorhebt, „bis in fachspezifische Einzelheiten ans Licht der Öffentlichkeit“ gerückt.¹⁵

Eine Kritikerin von Atomwaffen war seit ihren Anfängen auch die Pugwash-Bewegung gewesen.¹⁶ Sie ging auf ein von Bertrand Russell und Albert Einstein 1955 publiziertes Manifest zurück, das Naturwissenschaftler in aller Welt zum Kampf gegen den Atomkrieg

⁵ Raphael: Verwissenschaftlichung, S. 165f.; Lipphardt/Patel: Neuverzauberung.

⁶ Vgl. van den Daele: Wissen.

⁷ Einführend Nehring: Friedensforschung; Köhl: Denkstilwandel; Wasmuht: Friedensforschung, S. 294–345; Hauswedell: Friedenswissenschaften, S. 123–190.

⁸ Weisker: Expertenvertrauen, S. 418f.; Ch. Wehner: Versicherbarkeit, S. 590.

⁹ Vgl. Rucht: Gegenöffentlichkeit. „Friedensforscher“ sollen als akademisch tätige Wissenschaftler verstanden werden, „Gegenexperten“ hingegen konnten auch einfache SPD-Sympathisanten sein, die beanspruchten, über Wissen zu verfügen, mit dem sie die Deutungen des „Establishments“ entkräften konnten.

¹⁰ Mit detaillierten Belegen Ch. Wehner: Versicherbarkeit, S. 590–604; Rusinek: Experten.

¹¹ Hauswedell: Friedenswissenschaften, S. 138.

¹² Ebenda, S. 17.

¹³ Wasmuht: Friedensforschung, S. 294.

¹⁴ Zeitgenössisch bei Andreas Zumach: Mit hartnäckiger Basisarbeit zum Frieden. Von den Universitäten ging die Anti-Vietnam-, von den Kirchen der USA die Friedensbewegung aus, in: *Vorwärts*, 20. 5. 1982, S. 16f.; Leinen: Zukunft, S. 24; Bächler: Friedensfähigkeit; in der Forschungsliteratur unter anderem bei Stratmann: Rüstungskontrolle, S. 94; Volle: Debatte, S. 42–49; Risse-Kappen: Krise, S. 217f.; schließlich auch bei Naumann: Selbstanerkennung, S. 275.

¹⁵ Wasmuht: Friedensforschung, S. 294; auch Guha: Tod, S. 16.

¹⁶ Vgl. Wunderle: Experten; Wunderle: Atome; Neuneck/Schaaf: Geschichte und Zukunft; Evangelista: Unarmed Forces, S. 31f.

und die Verbreitung von Atomwaffen aufrief. Dieses internationale Netzwerk umfasste Experten aus Ost und West. Sie setzten ihr Wissen über die Atomtechnologie ein, um gegen die Proliferation zu kämpfen, und stellten damit früh das Erklärungsmonopol von Politik, Militär und Wirtschaft infrage.¹⁷ Aber die Gegenexperten in der SPD – es waren überwiegend Männer – kamen eher aus der institutionalisierten Friedensforschung in Westdeutschland, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden war und sich in den sechziger Jahren etablierte.¹⁸ Unter den Vorzeichen des verbreiteten Glaubens an die Gestaltbarkeit und Planbarkeit von Politik förderte die Bundesregierung ab 1966 zahlreiche wissenschaftliche Initiativen und Institute.¹⁹ Denn davon erwartete sie die entscheidende Hilfe bei der Lösung von Problemen. Die Friedensforschung war ein multidisziplinäres Forschungsfeld von Politologen, Soziologen und Historikern, das sich unter anderem in der auf Betreiben von Bundespräsident Gustav Heinemann 1970 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) sammelte.²⁰ Doch auch andere wichtige Forschungsstätten datieren ihre Gründung in die Jahre der sozial-liberalen Planungseuphorie: die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK, 1970), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH, 1971) oder das von Carl Friedrich von Weizsäcker initiierte Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (MPI Starnberg oder „Starnberger Institut“, 1970) – das bereits 1980 wieder schließen musste.²¹

Das Vertrauen darauf, dass Politik gestaltet werden konnte, war jedoch schon Mitte der siebziger Jahre weitgehend gebrochen. Eine wissenschaftlich fundierte Politik zu betreiben – dieser Anspruch hatte sich für die Zeitgenossen als Illusion erwiesen.²² Trotzdem blühte die privat finanzierte und unabhängige Friedensforschung in den achtziger Jahren.²³ Die beteiligten Experten folgten nicht mehr dem Planungs- und Gestaltungsauftrag der Politik, sondern dem gesellschaftlichen Verlangen, die etablierte Sicherheitspolitik mit alternativen Wissensbeständen zu dekonstruieren. Sie begannen, bisher geltende Erklärungsmodelle zu verwerfen und durch andere zu ersetzen. Die Hoffnung auf eine wissenschaftsbasierte Politik lebte fort, obwohl der Glaube in die Planbarkeit von Gesellschaft gebrochen war. Unter der Leitung des CSU- und späteren Grünen-Mitglieds Alfred Mechttersheimer wurde 1981 das „Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V.“ ins Leben gerufen. Mechttersheimer brachte 1982 sein Buch „Rüstung und Frieden. Der Widersinn der Sicherheitspolitik“ heraus und begründete darin seine Kritik an der Bundesregierung.²⁴ Der Frankfurter Politologe Egbert Jahn analysierte die militärischen Potentiale beider Supermächte und alternative Verteidigungskonzepte,²⁵ während Weizsäcker die Möglichkeiten einer „defensiven Verteidigung“ erläuterte.²⁶ Zur gleichen Zeit bildete sich eine lebhaftige „Friedensforschung ‚von unten‘“ heraus.²⁷

¹⁷ Vgl. auch Carson: Heisenberg, S. 161–176.

¹⁸ Siehe Hauswedell: Friedenswissenschaften, S. 49–64; Wasmuht: Friedensforschung, S. 118–191.

¹⁹ Umfassend bei Metzler: Konzeptionen, S. 164–207.

²⁰ Vgl. Wasmuht: Friedensforschung, S. 192–293. Auch zu den anderen genannten Institutionen finden sich bei Wasmuht sorgfältige Analysen.

²¹ Vgl. auch Seefried: Zukünfte, S. 324–348.

²² Vgl. Metzler: Konzeptionen, S. 404–418.

²³ Vgl. Wasmuht: Friedensforschung, S. 319–329.

²⁴ Vgl. Mechttersheimer: Rüstung.

²⁵ Vgl. Jahn: Sozialismus; Jahn: Verteidigungspolitik; Jahn: Aufgaben.

²⁶ Weizsäcker: Friede; Weizsäcker: Verteidigung.

²⁷ Wasmuht: Friedensforschung, S. 320.

Wichtig ist, dass nicht nur Wissenschaftler zur Nachrüstungsproblematik publizierten. „Frieden ist möglich“, behauptete etwa der Journalist und Christdemokrat Franz Alt und lancierte das 1983 mit einer Auflage von 237 000 Exemplaren meistverkaufte Buch der Bundesrepublik.²⁸ Auch Gert Bastian veröffentlichte mit „Frieden schaffen!“ 1983 eine für den Antiraketenprotest wichtige Streitschrift.²⁹ Bastian war im engeren Sinne kein Friedensforscher, aber als Bundeswehrgeneral, der eine öffentliche Kontroverse mit Verteidigungsminister Apel nicht scheute und daraufhin pensioniert wurde, ein „Kronzeuge“ der Friedensbewegung.³⁰ Als ehemaligem Praktiker kam ihm eine besondere Autorität zu, die Politik der Bundesregierung kritisieren zu dürfen. Die Friedensforscher wirkten in die Sozialdemokratie hinein, denn SPD-Mitglieder lasen und diskutierten ihre Bücher.

Es gab auch eine Reihe von Friedensforschern, die sich selbst im Spektrum der SPD verorteten und explizit für ein sozialdemokratisches Publikum schrieben. Einer von ihnen war Ulrich Albrecht, der als Professor für Friedens- und Konfliktforschung an der Freien Universität Berlin lehrte. Sein 1982 erschienenes Buch mit dem programmatischen Titelaufruf „Kündigt den Nachrüstungsbeschluss!“ zeigte auch deshalb eine große Wirkung unter Parteimitgliedern, weil der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine das Vorwort beisteuerte.³¹ Das Schaffen des vergleichsweise jungen Friedensforschers Hans Günter Brauch hatte eine noch stärkere Stoßrichtung in die SPD hinein. Brauch, der bis 1981 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Heidelberg und ab 1983 in Stuttgart war, arbeitete in verschiedenen Gremien der SPD mit. Unter anderem war er bis April 1982 Mitglied der Kommission für Sicherheitspolitik beim SPD-Vorstand und Geschäftsführer der baden-württembergischen „Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“.³² Er reiste unermüdlich durch die Bundesrepublik, um Mitglieder in der Thematik des Doppelbeschlusses zu schulen. Sein Buch „Die Raketen kommen!“ erläuterte akribisch, warum der Doppelbeschluss falsch war.³³ Die Liste der Friedensforscher aus dem sozialdemokratischen Spektrum ließe sich lange fortsetzen. Genannt seien hier nur Christian Krause, der während seiner beruflichen Laufbahn zuletzt Brigadegeneral der Bundeswehr gewesen war und nach seiner Pensionierung in den Dienst der Friedrich-Ebert-Stiftung trat,³⁴ Reimund Seidelmann, der als prominenter Friedensforscher von der Gießener Universität bis 1979 in der Kommission für Sicherheitspolitik mitarbeitete,³⁵ Lutz Unterseher, der eine „Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik“ (SAS) leitete, die sich mit neuen Verteidigungskonzepten beschäftigte,³⁶ sowie schließlich Dieter Lutz,

²⁸ Vgl. Alt: Frieden.

²⁹ Vg. Bastian: Frieden.

³⁰ Am 16. 1. 1980 hatte Bastian in einem achtseitigen Schreiben an Apel begründet, warum er den NATO-Doppelbeschluss nicht mittragen könne, woraufhin er versetzt und schließlich im Sommer 1980 pensioniert worden war: Bastian: „Warum ich die Nachrüstung ablehne“. Schreiben an Hans Apel vom 16. 1. 1980, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 25 (1980), S. 246–249; vgl. dazu S. Richter: *Protagonisten*, S. 184–186. An der Pensionierung Bastians durch Apel übten zahlreiche SPD-Mitglieder massive Kritik. So nahm beispielsweise der Vorstand der Münsteraner Jusos Bastian in Schutz. Ludger Rosengarten an Apel, 30. 1. 1980, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7624; siehe auch das Schreiben an Gert Bastian vom 30. 1. 1980, ebenda.

³¹ Vgl. Albrecht: *Nachrüstungsbeschluss*, S. 7–9; Albrecht u. a.: *Stationierung*.

³² Vgl. *Jahrbuch der SPD 1979–81*, S. 367; *Jahrbuch der SPD 1982–83*, S. 332.

³³ Vgl. Brauch: *Raketen*; Brauch: *Sicherheitspolitik*.

³⁴ Vgl. Krause: *Kräftegleichgewicht*.

³⁵ Vgl. Seidelmann/Brandt: *Sozialismus*.

³⁶ Vgl. Unterseher: *Für einen Strukturwandel unserer Verteidigung*, in: *Die Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 1121–1125.

der als stellvertretender Direktor des IFSH und bekennendes SPD-Mitglied die Expertise dieses Instituts nutzte, um die Stationierungsgegner in der SPD zu stärken.³⁷

Die Friedensforscher waren die ersten, welche die Wissensbestände reformulierten, die den Kalten Krieg begründeten.³⁸ Häufig arbeiteten sie in der Kommission für Sicherheitspolitik beim Parteivorstand oder bei den Landesverbänden mit, standen als Referenten für Veranstaltungen und Seminare in Ortsvereinen, Kreisverbänden oder Unterbezirken zur Verfügung und gaben den Stationierungskritikern in der SPD ihre Expertise weiter.³⁹ Von einem solchen Treffen zwischen Friedensforschern und Nachrüstungsgegnern in der SPD wusste im Juni 1981 der „Vorwärts“ zu berichten.⁴⁰ In Bad Godesberg trafen sich Ulrich Albrecht, Dieter Senghaas, Gert Krell, Wolf-Dieter Narr, Volker Rittberger, Wolfram Wette, Herbert Wulf und Dieter Lutz mit Eppler, Lafontaine, dem Vorsitzenden der Jusos Willi Pieczyk und dem SPD-Parteintelktuellen Johano Strasser. Die Gruppe habe sich, so war im „Vorwärts“ zu lesen, über das Gleichgewichtsdenken Schmidts ausgetauscht und eine gemeinsame Erklärung verfasst, in der sie von diesem Prinzip Abschied nahm.

Friedensforscher und nachrüstungskritische SPD-Mitglieder sprachen also regelmäßig miteinander. Es entstand ein „Denkkollektiv“, das seine eigenen Wirklichkeiten hervorbrachte.⁴¹ Dies war die Bedingung dafür, dass der Typus des sozialdemokratischen Gegenexperten an der Parteibasis in Erscheinung treten konnte. Die beiden wichtigsten Protagonisten der Nachrüstungskritik in der SPD, Eppler und Lafontaine, waren im engeren Sinne keine Friedensforscher, aber als Gegenexperten Mittler zu den einfachen Parteimitgliedern. In ihren Büchern „Die tödliche Utopie der Sicherheit“ und „Angst vor den Freunden“ (beide 1983) äußerten sie sich kenntnisreich zum Gleichgewichtsdenken und zu der Abschreckungsstrategie, zum Rüstungsstand und zu den technischen Eigenschaften der neuen Raketen.⁴² Mit einer Fülle von Details und den dazugehörigen Deutungen, die sie sich im Gespräch mit den Friedensforschern angeeignet hatten, versetzten sie ihre Leser in die Lage, die Sicherheitspolitik der Parteiführung kritisieren zu können.⁴³ Dass Eppler und Lafontaine fachkundig argumentierten, bestritt auch die Bundesregie-

³⁷ Lutz: Sicherheitspolitische Alternativen für die Bundesrepublik Deutschland? Rechtsfragen zur Souveränität der Bundesrepublik, in: *Frankfurter Hefte* 38 (1983), S. 15–23; Lutz: Wer rüstet eigentlich nach? Vergleich der euronuklearen Macht, in: *Vorwärts*, 22. 11. 1979, S. 10; Lutz: Weltkrieg. Das IFSH war zumindest in den Jahren des Nachrüstungsstreits ein sozialdemokratisch geprägtes Forschungszentrum. Dies zeigte sich daran, dass kein Geringerer als Egon Bahr 1984 die Nachfolge des Militärtheoretikers und Sozialdemokraten Wolf Graf von Baudissin als Direktor des IFSH antrat. Bahr blieb bis 1994 Direktor des IFSH, Lutz wurde sein Nachfolger. Vgl. Hauswedell: Friedenswissenschaften, S. 108.

³⁸ Vgl. auch Nehring: Friedensforschung, S. 435.

³⁹ Daran wirkten auch die hauptamtlichen Mitarbeiter im Erich-Ollenhauer-Haus und in der Bundstagsfraktion, insbesondere aber im Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung mit, siehe Biermann: Der „Nachrüstungsbeschluss“ der NATO, die SPD und die „Sicherheit für die 80er Jahre“, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 3 (1980), H. 6, S. 78–93; Biermann: „Nachrüstung“ als Übergang von der Strategie der atomaren Abschreckung zur Strategie der Führbarkeit des Atomkrieges, in: *Die Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 416–423; Bruns u. a.: Sicherheit.

⁴⁰ Vgl. jef [Jens Fischer]: Es droht der vorbeugende Schlag. Gemeinsame Erklärung von Friedensforschern und Politikern zur Sicherheitspolitik, in: *Vorwärts*, 18. 6. 1981, S. 6.

⁴¹ Vgl. zum „Denkkollektiv“ Fleck: Tatsache, S. 54. Dazu auch Epplers Kritik an „Expertokratie“ und der „Ideologie vom Sachzwang“. Eppler: Wege, S. 36–40.

⁴² Vgl. Eppler: Utopie; Lafontaine: Angst.

⁴³ Vgl. die zahlreichen Zuschriften, die Eppler erhielt: AdSD, 1/EEAC000213; auch das MfS schrieb einen zustimmenden Vermerk [Zu „Die tödliche Utopie der Sicherheit“ von Erhard Eppler], undatiert, BStU, MfS, ZAIG, 24072, Bl. 39–40.

rung nicht. Nach einem Artikel Lafontaines in der „Saarbrücker Zeitung“⁴⁴ urteilte das Kanzleramt, dass die Argumentation zwar ein „Ärgernis“ sei, jedoch: „Mangelnde Sachkenntnis ist ihm nicht vorzuwerfen“.⁴⁵

In der Hauptsache verfolgten die Friedensforscher zwei Ziele. Erstens wollten sie die etablierte Sicherheitspolitik delegitimieren, zweitens alternative Konzepte ins Recht setzen. Indem sie neue Wissensbestände schufen, stellten sie infrage, dass der Kurs von Schmidt unvermeidlich war.⁴⁶ Sie zeigten, dass der Kalte Krieg im sozialdemokratischen Milieu kaum mehr etwas galt. Das konnte freilich nur aufgehen, wenn ihr Publikum – die Leser von Veröffentlichungen oder die Zuhörer von Vortragsreferaten – ihnen und dem, was sie schrieben oder sagten, „Tatsachenblick“ und „Faktenorientierung“ zuschrieben,⁴⁷ wenn also das Publikum den Sprecher für authentisch und den Inhalt des Gesprochenen für „wahr“ hielt. Dafür situierten sie sich und ihren Vortrag in einer spezifischen Sprechsituation. Betrachtet man eine idealtypische und prinzipiell wiederholbare Veranstaltung, auf der ein Friedensforscher vor einem interessierten Publikum seine Thesen vortrug, so tritt eine ritualisierte Praxis zutage.⁴⁸ Diese Praxis näher zu untersuchen kann helfen, das zeitgenössische Phänomen der Gegenexpertise an der SPD-Basis fassbar zu machen.

Wer den Anspruch erheben wollte, dass das, was er sagte, wahr sei, der musste darauf achten, dass er selbst authentisch und glaubwürdig wirkte. Stimmt der erste Eindruck nicht, war es schwierig, dem Folgenden noch Geltungskraft zu verleihen. Deshalb mussten äußere Erscheinung und Habitus einem bestimmten Bild genügen: Friedensforscher erschienen auf ihren Veranstaltungen meist so gekleidet, wie das Publikum sich einen Akademiker vorstellte. Die unverzichtbaren Requisiten ihrer Professoralität waren Papiere. Sie bestanden idealtypischerweise aus einem Vortragsmanuskript, fotokopierten Aufsätzen, Stellungnahmen von Fachkollegen sowie Büchern, in denen sie nachschlugen, wenn sie eine Frage nicht beantworten konnten. Dazu gehörte auch der obligatorische Schreibblock, in den sie die Fragen des Publikums notierten, um diese dann systematisch durchzugehen. Sie achteten darauf, verständlich zu argumentieren, ohne auf ihre Fachsprache zu verzichten. Stets machten sie auch ihre akademischen Titel sichtbar.⁴⁹

Damit das Publikum die Expertise als solche erkannte und sich dem, was Friedensforscher als Wahrheit bezeichneten, anschloss, war es elementar, dass ihre Autorität glaubhaft war. Deshalb verwendeten sie bestimmte Strategien darauf, ihre Beweisführung in den Augen des Publikums als rational zu präsentieren. Sie zerstreuten jeden Eindruck, dass die Warnung vor dem Atomtod aus einer emotionalen Disposition heraus kam, denn in ihrem Selbstverständnis sprachen sie im Rahmen einer ausschließlich wissenschaftlich fundierbaren Rationalität. Zunächst rezipierten Friedensforscher die Gleichgewichtsfor-

⁴⁴ Siehe Oskar Lafontaine: Die atomare Bedrohung, in: *Saarbrücker Zeitung*, 30. 9. 1981.

⁴⁵ Wilhelm Bruns an H. Wehner: Anzeige der SPD-Saar in der *Saarbrücker Zeitung*; Oskar Lafontaine: „Die atomare Bedrohung“, 7. 10. 1981, AdsD, 1/HWAA002497.

⁴⁶ Dass dies auch zu Widersprüchen führte, hat Nehring gezeigt: Nehring: *Friedensforschung*, S. 427.

⁴⁷ Raphael: *Verwissenschaftlichung*, S. 171.

⁴⁸ Siehe beispielsweise die Presseberichte von zwei solchen Veranstaltungen: Manfred Fritz: Erhard Eppers gemischte „Friedenstruppe“. Ex-General Bastian kämpft an der Seite der schwäbischen SPD-Linken gegen Sicherheitspolitik des Kanzlers, in: *Rhein-Neckar-Zeitung*, 10. 4. 1981; Eckhart Kauntz: Lafontaine – Reisender in Sachen Raketen. Ein Vortrag über Salt II, Nato und Schmidt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. 9. 1981.

⁴⁹ Siehe exemplarisch die Veranstaltungsberichte in: *Beendet den Wahnsinn – Abrüstung jetzt! Die Friedensarbeit der SPD Stuttgart*, Januar 1983, insb. S. 19–20, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11236; außerdem zur historischen Einordnung Engstrom u. a.: *Figuretionen*, S. 8.

mel und arbeiteten heraus, was sie an ihr zu kritisieren hatten. Um das Wissenssystem des Kalten Krieges zu überwinden, mussten sie es verstehen. Lafontaine bezeichnete das Gleichgewichtsdenken als nachvollziehbar, wenn die Supermächte „über ein Atom-Arsenal von mehreren Hunderten verfügen würden. Da die Zahl der Atomwaffen der Weltmächte mittlerweile die 50 000er Grenze überschritten hat, ist die Gleichgewichtsformel – Grundlage der herrschenden Sicherheitspolitik – nicht mehr nachvollziehbar“.⁵⁰ Kritik übten sie auch an der Art und Weise, wie die NATO das Gleichgewicht ermittelte. Für Christian Krause waren „Kräftevergleiche [...] eine zu unsichere und ungenaue Methode, um militärische Überlegenheit oder Unterlegenheit treffend vorauszusagen“, weil die „Möglichkeit, Kräftevergleiche nach Bedarf zu frisieren, [...] fast unbegrenzt“ sei.⁵¹ Die Friedensforscher verhielten sich sehr geschickt: Sie näherten sich dem Gleichgewicht scheinbar vorurteilslos, um dann umso vehementer auf seine Defizite hinzuweisen. Dennoch lässt sich eine gewisse Spannung nicht leugnen, und die Kritik am Gleichgewicht, wie es die NATO errechnete, verschwamm mit der grundsätzlichen Akzeptanz dieser Theorie. Hier offenbart sich wieder, dass die Kritiker des Kalten Krieges dieser Ordnung nicht vollständig entkamen.

War das Gleichgewichtsprinzip erst einmal untergraben, wandten sich die Friedensforscher in einem zweiten Schritt den technischen Eigenschaften der neuen Atomraketen zu. Wer kenntnis- und detailreich über sie zu sprechen vermochte, der durfte den Anspruch erheben, wissenschaftliche Wahrheiten zu verkünden, und nirgendwo sonst ließ sich mit der Nennung von Zahlen und Daten so einfach der Eindruck von Expertenschaft erwecken. Die Friedensforscher kannten die Anzahl der Raketen auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ und ihren Stationierungsort; sie wussten, wann die jeweiligen Militärbündnisse begonnen hatten, sie zu entwickeln, und wann sie erstmals disloziert worden waren; ihnen war auch bekannt, wie weit sie fliegen konnten, welche Sprengkraft sie hatten und wie groß die Verwüstung auf dem Territorium des Gegners sein würde.⁵² Das Sprechen über die Pershing-II- und SS-20-Raketen folgte einer einfachen Regel: Je detailreicher die Ausführungen waren, desto eher ging ihre Strategie auf. Die Pershing, so betonte beispielsweise Eppler, habe nur eine Reichweite von etwa 1800 km und könne deshalb zwar die sowjetische Hauptstadt Moskau, nicht aber die SS-20-Stellungen erreichen. Auch wenn die sowjetischen Raketen die dreifache Reichweite hätten, sei dies aus amerikanischer Perspektive kein Nachteil, denn die bereits einsatzbereiten US-Interkontinentalraketen würden alle SS-20-Raketen problemlos zerstören können. Warum, so fragte Eppler, fühlten sich die Amerikaner gegenüber den Sowjets unterlegen, „wenn auf ihren Interkontinentalraketen insgesamt 9268, auf den sowjetischen 7339 atomare Sprengköpfe montiert“ seien?⁵³ Ulrich Albrecht konstatierte, dass die Pershing-Raketen zwar als „Waffensystem [...] für den technisch Interessierten eher eine Enttäuschung“ seien.

„Neu und entscheidend sind zweierlei: ein Trägheitsnavigationssystem, welches Martin [die mit der Produktion der Raketen beauftragte US-Rüstungsfirma] von der Firma Singer-Kearfott kauft, und ein neuer Wiedereintrittskörper in die Atmosphäre, den die Luftfahrttochter des Gummikonzerns Goodyear beisteuert.“⁵⁴

⁵⁰ Lafontaine: Angst, S. 93.

⁵¹ Krause: Militärisches Gleichgewicht, in: *Die Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 621–626, hier S. 623.

⁵² Siehe dazu exemplarisch die Darstellung bei Brauch: Raketen, S. 115–149. Abbildung einer Pershing im Längsschnitt bei ebenda, S. 133; Albrecht: Nachrüstungsbeschluß, S. 50–110.

⁵³ Eppler: Utopie, S. 38.

⁵⁴ Albrecht: Nachrüstungsbeschluß, S. 66.

Albrecht berechnete sogar einen „Tödlichkeitsindex“, in dem er die „Zerstörungswirkung“ von „Wurfspeer“ oder „Pfeil und Bogen“ mit den Mittelstreckenraketen kontrastierte.⁵⁵ Indem er seinen Zuhörern oder Lesern mit einer Fülle von Details imponierte, indem er sogar wusste, welche Rüstungskonzerne beauftragt worden waren, hatte er sich mit dem Anspruch des Faktischen gegen Zweifel immunisiert.⁵⁶ Beliebte waren auch Visualisierungen in Form von Tabellen, Schaubildern und Grafiken. Denn dadurch ließ sich eine bestimmte Interpretation der vorgetragenen Daten und Zahlen plausibel machen. Einerseits wurde so auch für unaufmerksame Leser und Zuhörer erkennbar, welche Botschaft die Friedensforscher überbrachten. Tabellarische Streitkräftevergleiche, die je nach Fragestellung beliebige Ergebnisse zutage förderten, waren ein gängiges Beweisinstrument der Friedensforscher.⁵⁷ Andererseits konnten sie die möglichen Kriegsführungsstrategien verständlich machen, wenn sie Truppenbewegungen, Raketenflugrouten oder den Standort von U-Booten auf Land- und Seekarten zeichneten.⁵⁸ Häufig reichten die Friedensforscher auch Bilder der Atomraketen herum, die als „Phallus-Symbole“ eine feministisch motivierte Nachrüstungskritik stützten oder in ihrer schieren Größe einfach nur Schrecken verbreiteten.⁵⁹

Wenn die Autorität der Friedensforscher erwiesen war, gingen sie in einem dritten Schritt dazu über, dem Publikum ihre Deutungen begreiflich zu machen. Diese liefen fast immer darauf hinaus, dass die Nachrüstung die USA in den Stand versetzte, die Sowjetunion zu besiegen.⁶⁰ Eppler schlussfolgerte, dass die Pershing-Rakete ein Element in der amerikanischen Strategie des führungsfähigen und gewinnbaren Atomkrieges darstelle. Denn sie ergebe „nur als Erstschlagswaffe einen Sinn“.⁶¹ Für Albrecht stand fest, dass es der NATO mit der Pershing-Rakete gelingen würde, „den ungeliebten weltpolitischen Gegenspieler, mit einem ‚sauberen‘ Schlag vieler solcher Raketen von der Bildfläche zu schaffen, so dass er niemals mehr reagieren kann“.⁶² Lafontaine bot in seinem Buch „Angst vor den Freunden“ ganz ähnliche Interpretationsmuster an. Auch für ihn war die Nachrüstung ein Versuch, die Sowjetunion durch einen Erstschlag niederzuringen. Dagegen war die SS-20-Rakete keine „zusätzliche Bedrohung für die Völker Europas“.⁶³ Der „Propaganda-Aufwand der Nato“ könne „noch so groß sein“, das „Geschrei unserer Sicherheitspolitiker“ sei „vom technischen Standpunkt geradezu absurd“. Weil es die Nachrüstung wahrscheinlicher mache, dass die Sowjetunion enthaupet werden könne, wachse die Gefahr, dass die Rote Armee den Westen präventiv angreife. Friedensforscher veranschaulichten die drohende Gefahr, indem sie zeigten, welche Folgen ein solcher Angriff auf die Stadt oder Region haben würde, in der sie sich gerade befand.

⁵⁵ Ebenda, S. 33f.

⁵⁶ Mit einem ähnlichen Beweisgang wie Albrecht auch Mechttersheimer: Rüstung, S. 119.

⁵⁷ Siehe Bülow: Unterlegenheit; Tabellarische Übersichten auch bei Brauch: Raketen, S. 222f., 328–344; Lutz: Wer rüstet eigentlich nach? Vergleich der euronuklearen Macht; Albrecht: Nachrüstungsbeschluss, S. 98, 107.

⁵⁸ So bei Brauch: Raketen, S. 20, 91, 93.

⁵⁹ Vgl. exemplarisch Albrecht: Nachrüstungsbeschluss, S. 52, 54, 55.

⁶⁰ Vgl. Brauch: Raketen, S. 104–112, 147.

⁶¹ Eppler: Utopie, S. 79.

⁶² Albrecht: Nachrüstungsbeschluss, S. 65. Interpunktion im Original.

⁶³ Lafontaine: Angst, S. 31, 67. Dazu kritisch Berndt von Staden: Angst vor Freunden? Vortrag gehalten im Deutsch-Amerikanischen Institut in Saarbrücken am 27. 11. 1984, undatiert, AdsD, 1/HJVA104523. Der Vortrag ist veröffentlicht in Staden: Angst.

den.⁶⁴ Den „Atomkrieg vor der Wohnungstür“⁶⁵ zu situieren war das vielleicht eingängigste Mittel, um auf die Gefahren der nuklearen Apokalypse hinzuweisen. Denn wenn jeder einzelne Mensch sich in seinem persönlichen Lebensumfeld als bedroht wahrnahm, war eine bestimmte Einstellung gegenüber der Nachrüstung prädisponiert und die Friedensforscher als Warner vor der nuklearen Gefahr legitimiert. Hans Günter Brauch schilderte die zahlreichen Unfälle beim Transport von Nuklearraketen durch Württemberg, dem „Pershing-Land Schwaben“.⁶⁶ Und Albrecht gab Hinweise, „[w]ie man sein lokales Kernwaffenlager findet“.⁶⁷ Auch zeigten die Friedensforscher Karten, auf denen sie in konzentrischen Kreisen die Zerstörungsradien einer detonierten Atombombe darstellten.⁶⁸

Schließlich erläuterten sie alternative Sicherheitskonzepte, die über das Wissenssystem des Kalten Krieges hinausführten. Sie reichten von der Gemeinsamen Sicherheit über das *Disengagement* bis zur sozialen Verteidigung. Entscheidend ist, dass diese Konzepte „notions of security from below that challenged the notions of security formulated by the governments“ hervorbrachten.⁶⁹ So standen Sicherheitskonzepte gegeneinander, die ihren Ausgang bei völlig verschiedenen Prämissen nahmen und unterschiedliche Folgerungen für die Gültigkeit des Kalten Krieges erlaubten. Unter praxeologischen Gesichtspunkten galt auch jetzt: Was sich bei der Delegitimierung der etablierten Politik als hilfreich erwiesen hatte, konnte in den Augen der Friedensforscher nicht falsch sein, wenn sie auf neue Konzepte zu sprechen kamen. Für die Alternativtheorien zu werben war umso glaubhafter, je detailreicher die Friedensforscher in ihre Vorstellungswelten einführten.⁷⁰ Denn Detailreichtum signalisierte dem Publikum, dass sie Unwägbarkeiten und Risiken gedanklich minimiert hatten. Daneben erfüllten Schaubilder und Tabellen wiederum die Funktion, das Denken der SPD-Mitglieder zu verändern. In der sozialdemokratischen Diskussion spielte ab 1983 insbesondere das Konzept der „Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ eine Rolle, das der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium Andreas von Bülow propagierte.⁷¹ Sein Vorschlag sah vor, die Bundeswehr so umzurüsten, dass ein von ihr ausgehender Angriff unmöglich wäre. Obwohl diese Forderung selbst innerhalb der SPD und in der Friedensforschung umstritten war,⁷² reiste Bülow unermüdlich durchs

⁶⁴ Albrecht erläuterte unter der Überschrift „Der Fluchtpunkt Krieg. Szenario: Atomkrieg in Hessen“ die Auswirkungen eines solcherart lokalisierten Nuklearschlages, vgl. Albrecht: Nachrüstungsbeschluß, S. 111–125.

⁶⁵ Schregel: Atomkrieg; anregend auch Dies.: Nuclear War and the City.

⁶⁶ Brauch: Raketen, S. 114–118, hier S. 118.

⁶⁷ Albrecht: Nachrüstungsbeschluß, S. 169–175.

⁶⁸ Siehe dazu die Abbildungen Nr. 9 und 10 bei Schregel: Atomkrieg, S. 151, 153.

⁶⁹ Nehring: Last Battle, S. 323.

⁷⁰ Siehe exemplarisch wiederum Brauch: Raketen, S. 295–315. Systematisierung der Konzepte nach Wasmuht: Friedensforschung, S. 297–302.

⁷¹ Vgl. Bülow: Skizzen einer Bundeswehrstruktur der 90er Jahre, in: *Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Nr. 21, Dezember 1984, PA-AvB; ausführlicher in Bülow: Bülow-Papier; Bülow: Unterlegenheit; dazu auch Hauswedell: Friedenswissenschaften, S. 110; Risse-Kappen: Krise, S. 315–327; Th. Bender: SPD, S. 85–95.

⁷² Zusammenfassend: Andreas Zumach: Kommentar zur Auseinandersetzung um das „Bülow-Papier“ zur Sicherheitspolitik der SPD, 12. 9. 1985, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 92; ferner Krause an Bahr, 1. 4. 1987, und die Antwort, 23. 4. 1987, AdsD, 1/EBAA000680; Bülow: Anmerkungen zu Christian Krauses Kritik am Begriff der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und den dazu vorgeschlagenen Verteidigungsmodellen, undatiert, PA-AvB.

Land und bestritt unzählige Vortragsabende.⁷³ Dabei arbeitete er mit handgeschriebenen Projektorfolien, die in seinem Aktenbestand im Archiv der sozialen Demokratie erhalten sind.⁷⁴

Die Friedensforscher zerstörten eine Sprache, die sie für trügerisch hielten. Mindestens genauso häufig, wie sie visuelle Mittel einsetzten, problematisierten sie den Begriff „Nachrüstung“ und wiesen darauf hin, dass er ein bestimmtes zeitliches „Vorher“ und „Nachher“ impliziere, das die Pershing-Raketen als Reaktion auf die SS-20-Raketen hinstelle.⁷⁵ Sie behaupteten dagegen, dass die NATO bereits Anfang der siebziger Jahre – die genauen Jahreszahlen variierten – mit der technischen Entwicklung der Pershings begonnen hätte, zu einer Zeit also, als die Sowjetunion angeblich noch keine SS-20-Raketen stationiert hatte.⁷⁶ Während die Sicherheitspolitiker der SPD den NATO-Beschluss als „Doppelbeschluss“ bezeichneten, um darauf zu verweisen, dass er aus zwei Teilen bestand („Modernisierung und Rüstungskontrolle“⁷⁷), untergruben die Friedensforscher seine Logik, indem sie die Sprache der Sicherheitspolitiker dekonstruierten: Nicht nur war der Begriff „Nachrüstung“ nach ihrem Dafürhalten sachlich unangemessen und verharmlosend. Sie lehnten ihn vor allem ab, weil er einen bestimmten politischen Standpunkt sprachlich ins Recht setzte. Den NATO-Beschluss bezeichneten sie häufig als „Raketenbeschluss“⁷⁸, „Aufrüstungsbeschluss“⁷⁹ oder sogar als einen „getarnte[n] Aufrüstungsbeschluss mit einer Verhandlungsfußnote“.⁸⁰ Sie verwendeten auch andere Strategien, wie die Distanz anzeigenden An- und Abführungszeichen oder das Attribut „sogenannt“ („sogenannter ‚Doppel-Beschluss‘“), um der Politik ihres Kanzlers die Grundlagen zu entziehen. Mit ihrer Gegenexpertise wollten die Friedensforscher also die etablierten Konzepte von Bundesregierung und SPD-Spitze durch eine alternative Konstruktion von Wirklichkeit unterminieren. Doch wie reagierte ihr Publikum darauf?

2. Von Schnellkursen, Arbeitskreisen und Veranstaltungen: Neues Wissen an der Parteibasis

Ende Juli 1981 schrieb der Geschäftsführer des SPD-Bezirks Westliches Westfalen einen Brief an Peter Glotz im Erich-Ollenhauer-Haus, in dem er von der Diskussion um den

⁷³ Siehe dazu exemplarisch ein mehrmals eingesetztes Vortragsmanuskript [Stichworte für einleitendes Referat], undatiert, AdsD, Vorlass Bülow, 124.

⁷⁴ Siehe AdsD, Vorlass Bülow, Stehsammler „Bedrohung Ost-West“ und „BW Struktur“, jeweils ohne Signatur.

⁷⁵ Vgl. Wengeler: Sprache, S. 243–263. Wengeler weist darauf hin, dass der Begriff „Nachrüstung“ zu Beginn der achtziger Jahre neu ins Deutsche eingeführt wurde. Vgl. auch Seidel: Nachrüstung.

⁷⁶ Vgl. Brauch: Raketen, S. 16.

⁷⁷ Pawelczyk: Bericht über die Ergebnisse eines Besuchs in Washington vom 6. bis 10. 1. 1980, 15. 1. 1980, S. 5, AdsD, 1/EBAA000713.

⁷⁸ „Für eine wirkliche Friedenspolitik – Den NATO-Raketenbeschluss verhindern“. Antrag des Bundesvorstandes zum Bundeskongress der Jungsozialisten vom 26. bis 28. 6. 1981 in Lahnstein, undatiert, AdsD, 1/HSAA009499.

⁷⁹ Jungsozialisten Bezirk Rheinhessen: Den NATO-Aufrüstungsbeschluss verhindern – für eine breite Demo der Friedensbewegung in München. Resolution der Bezirkskonferenz [1982], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7847.

⁸⁰ Klaus Thüsing: Das Ende der Strategie des Gleichgewichts – Helmut Schmidt und der Doppelbeschluss, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 5 (1982), H. 14, S. 45–48, hier S. 45.

NATO-Doppelbeschluss an der Parteibasis berichtete: Das Meinungsbild sei von Ortsverein zu Ortsverein sehr verschieden. Teilweise gebe es „breiteste Zustimmung zur Regierungspolitik, teilweise sehr festgefügte Lager Pro und Contra“.⁸¹ Die Kritikerinnen und Kritiker des Doppelbeschlusses seien aber „überwiegend differenzierter informiert“. In den Diskussionen an der Basis seien „Aussagen im ‚Spiegel‘ und ‚Stern‘ beliebtes Beweismaterial. Wesentlich seltener“ würden „Parteizeitungen und Parteiinformationen als Beweismaterial gebraucht“. Der Geschäftsführer erzählte, worin sich der Nachrüstungsstreit für ihn auszeichnete: Die Gegnerinnen und Gegner der Atomraketen in der SPD verfügten über eine breite Expertise, und sie machten von ihr regen Gebrauch, wenn sie mit den Befürwortern von Doppelbeschluss und Nachrüstung stritten. Keineswegs alle regionalen Gliederungen der SPD waren stationierungskritisch eingestellt. Doch entdeckte die Parteibasis ab etwa 1980 ihr Interesse für Sicherheitspolitik und begann, sich unter der Anleitung von Friedensforschern damit auseinanderzusetzen, welches strategische Denken hinter dem Doppelbeschluss stand, über welche militärischen Möglichkeiten die Sowjetunion verfügte, wie die Pershing-Raketen und Marschflugkörper technisch ausgestattet waren und welche Alternativen es zur Stationierung, zum Gleichgewicht und zur Abschreckung gab. Auf diese Weise entwickelten sie Problemwahrnehmungen und formten Denkkategorien, die einmal mehr bewiesen, dass sie dem Ordnungsmuster Kalter Krieg absprachen, zeitgemäß zu sein.⁸²

Das wäre nicht möglich gewesen, wenn sich die Partei zuvor nicht grundlegend gewandelt hätte. Denn in den beiden Jahrzehnten vor dem Nachrüstungsstreit verjüngte und akademisierte sich die Mitgliedschaft der SPD.⁸³ Tausende Schüler und Studenten, politisiert durch die Proteste um „1968“, strömten in die Partei von Bundeskanzler Willy Brandt und speisten ihren Ideenhaushalt in die sozialdemokratischen Debatten ein. Allein im Jahr 1972 verzeichnete die SPD 156 000 Eintritte, 65,4 Prozent der Neumitglieder waren unter 35 Jahren.⁸⁴ Nicht nur waren die Siebziger für die SPD „die Jahre der großen innerparteilichen Theorieschlachten“.⁸⁵ Auch was die kommunikative Praxis der Sozialdemokratie betraf, veränderte der „Einmarsch der langhaarigen Schüler und Studenten in die Partei der eher ein wenig kleinbürgerlichen Facharbeiter“ die Sozialisationskultur der SPD.⁸⁶ Bis in die sechziger Jahre hinein waren die Ortsvereine von patriarchalischen Kommunikationsformen bestimmt gewesen.⁸⁷ Damals hatten die Ortsvereine noch nicht die Funktion eines Debattierclubs. Unter dem Zustrom der jüngeren Mitglieder entwickelten sie sich in diese Richtung. Während die Genossen der alten „Arbeiterpartei“ – es waren

⁸¹ Gerhard Kompe an Glotz [30. 7. 1981], AdsD, 2/PVEH000272.

⁸² Konkrete Zahlenangaben über die Menge der Petitionen, Aufrufe und Briefe liegen nicht vor. Doch waren die verantwortlichen Mitarbeiter im Erich-Ollenhauer-Haus regelmäßig erstaunt, wie viele SPD-Mitglieder sich kritisch äußerten. Vgl. Biermann an Glotz: Stimmung in der Partei und wichtige Aspekte für die Bezirksvertreterkonferenz in Sachen Friedensdemonstration am 10. 10. 1982 [sic], 2. 10. 1981, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11174.

⁸³ Vgl. dazu die ausgezeichnete Analyse bei Süß: Enkel; Süß: Kumpel, S. 405–436; aber auch Walter: Biographie, S. 178–183; Faulenbach: Jahrzehnt, S. 274–280; Lösche/Walter: SPD, S. 152–157; allgemein zu den programmatischen Diskussionen der Jungsozialisten Krabbe: Partijugend, S. 201–229; sowie die Analyse eines Zeitgenossen: Schonauer: Jungsozialisten, S. 391–437; auch die zeitgenössische Mikrostudie von Wettig: SPD-Bezirk, S. 146–149.

⁸⁴ Vgl. Süß: Enkel, S. 68. Weitere Zahlen ebenda.

⁸⁵ Ebenda, S. 67.

⁸⁶ Walter: Biographie, S. 182.

⁸⁷ Vgl. Süß: Kumpel, S. 235–267, insb. S. 252–258; Lösche/Walter: SPD, S. 140–149.

fast ausschließlich Männer – eine Atmosphäre der Geselligkeit gepflegt hatten und Sitzungen häufig „in trinkfreudiger Solidarität“ endeten,⁸⁸ wurden die Diskussionen nun kontroverser und anspruchsvoller. Junge Parteimitglieder „traten an, das kommunikative Feld der Parteiöffentlichkeit neu zu bestellen“.⁸⁹ Dies führte zu Konflikten:

„Schon optisch hätten die Unterschiede zwischen den sozialdemokratischen Generationen nicht größer sein können. Trugen 1969 bei der ‚Linkswende‘ die vielen Juso-Delegierten das Haar noch kurzgeschoren und die Männer eine ordentlich gebundene Krawatte, so war der Scheitel wenige Jahre später nicht mehr ganz so gerade, die Haare waren länger geworden, die Krawatten verschwunden und statt des gebügelt Hemdes trugen die meisten nun Rollkragenpullover und Jeansjacken. Vor allem Schüler und Studenten (und weniger Lehrlinge) waren es, die das Bild der Ortsvereine in München, aber auch in anderen Städten und Gemeinden, und keineswegs nur an Universitätsstandorten, prägten und die dafür sorgten, dass sich vielerorts Ortsvereinsitzungen nicht nur thematisch, sondern auch zeitlich dem akademischen Lebensrhythmus anpassten und nunmehr bis tief in die Nacht dauerten. Entscheidungen fielen dann oft erst, als ein Gutteil der berufstätigen Angestellten, Facharbeiter und Beamten bereits nach Hause gegangen war.“⁹⁰

Wer als junger Mensch in die SPD eintrat, der tat dies nicht, um gegenüber älteren Männern seine Trinkfestigkeit unter Beweis zu stellen. Wer in die SPD ging, der wollte theoretisieren. Er oder sie wollte Papiere schreiben und diskutieren. Geselligkeit verlor an Bedeutung, und ideologisch aufgeladene Wortschlachten prägten zunehmend die Sitzungen. Nun überfluteten Anträge die Parteitage. Die Bochumer Historikerin Helga Grebing hat diesen Wandel der SPD als den „Abschied von der alten Arbeiterbewegung“ charakterisiert.⁹¹

Als die Kontroverse um die Raketenstationierung aufbrach, war die Versammlungskultur indes kein drängendes innerparteiliches Konfliktfeld mehr.⁹² Die Diskussionen in den Ortsvereinen hatten ihre ideologische Schärfe verloren, junge Parteimitglieder bekleideten inzwischen Ämter und Mandate; sie hatten sich entradikalisiert. Überhaupt war der Zustrom neuer und junger Mitglieder versiegt.⁹³ Denn die SPD wirkte auf Erstwählerinnen und -wähler längst nicht mehr attraktiv. Sie war die Partei von Kanzler Schmidt, der mit seiner Rhetorik des pragmatischen Krisenmanagements unter jungen Menschen keine Euphorie entfachte, wie dies noch Willy Brandt zu Beginn seiner Kanzlerzeit gelungen war. Und schließlich gab es am Ende der siebziger Jahre eine Alternative. Sich in den neuen sozialen Bewegungen oder bei den Grünen zu engagieren, entsprach dem Zeitgefühl. Das SPD-Parteibuch war nichts mehr, was junge Erwachsene gerne herumzeigten. Gleichwohl flackerten immer noch Konflikte auf. Während die SPD an der Basis langsam, aber unaufhaltsam ihr Gesicht verändert hatte, taten sich eher konservativ orientierte Mitglieder schwer, diese Entwicklungen zu akzeptieren. Selbst Helmut Schmidt meinte, er sehe die Lage seiner Partei „mit Betrübnis“.⁹⁴ Die Facharbeiter und Betriebsräte würden von „jungen Intellektuellen weitestgehend überflügelt“. Es ist nicht entscheidend, ob Schmidts Zeitdiagnose von statistischen Daten gedeckt wird. Vielmehr kommt es darauf an, dass sie den Blick von rechten und traditionalistischen Parteikreisen strukturierte, die sich von den Veränderungsprozessen in ihrer Partei überrollt fühlten.

⁸⁸ Walter: Biographie, S. 183.

⁸⁹ Süß: Enkel, S. 96.

⁹⁰ Ebenda, S. 82.

⁹¹ Grebing: Arbeiterbewegung, S. 183.

⁹² Vgl. dazu Lösche/Walter: SPD, S. 157–162.

⁹³ Zahlen bei ebenda, S. 159.

⁹⁴ Schmidt an Hellmut Kalbitzer, 15. 11. 1983, AHS, Korrespondenz.

Die Transformation der SPD seit den sechziger Jahren war der soziokulturelle Hintergrund, vor dem die SPD zwischen 1980 und 1983 über die Nachrüstung stritt. Die SPD-Mitgliedschaft hatte sich verjüngt und akademisiert und war weiblicher geworden, was wichtig für die Kontroverse um die Atomraketen war, weil nun die Bereitschaft gestiegen war, komplexe politische Sachfragen zu durchdringen. Und die Friedensforscher boten den Genossen und Genossinnen an der Basis ein Erklärungsmodell an, das sich von dem der Parteieliten unterschied. Dabei war allein die Tatsache, dass ihre Konzepte die verbreiteten Sorgen um den Frieden und die Entspannung berücksichtigten, also mit diskursiven Rahmensetzungen kompatibel waren, ein hinreichender Grund dafür, dass die Parteibasis sie sich aneignete. So entwickelte sich auch unter einfachen Sozialdemokraten der Typus des informierten Gegenexperten, der fachkundig argumentieren und das, was die Parteiführung für wahr hielt, mit einem Gegenentwurf entkräften konnte.

Eine wichtige Institution, die den Nachrüstungsstreit an der SPD-Parteibasis verwissenschaftlichte und professionalisierte, war die von dem Bundestagsabgeordneten Karsten Voigt 1978 ins Leben gerufene „Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“ (IFIAS). Sie richtete sich nicht nur an SPD-Mitglieder, sondern auch an die sozialdemokratischen Vorfelddorganisationen.⁹⁵ Ihre Aufgabe war es, bestimmte Sichtweisen zu erzeugen: So hieß es in ihrem Gründungsmanifest, die IFIAS wolle „die Friedens- und Entspannungspolitik öffentlich unterstützen und ihr zusätzliche Impulse geben“.⁹⁶ Nicht zuletzt aus diesem Grund sah das Erich-Ollenhauer-Haus die Idee Voigts zunächst wohlwollend und begleitete sie über einen längeren Zeitraum hinweg finanziell.⁹⁷

Die Aktivitäten der IFIAS lassen sich in zwei Kategorien einteilen. Erstens führte sie Diskussionsabende oder Seminare durch und gab Informationsmaterialien heraus.⁹⁸ Auf diesem Weg erreichte sie viele Parteimitglieder oder Sympathisanten. Ein Beispiel für diesen Vorgang ist das Informationsgespräch über die „Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen“, das am 14. Dezember 1978 in Bonn stattfand, also etwa ein halbes Jahr, nachdem die Initiative gegründet worden war, und immerhin ein Jahr, bevor der Doppelbeschluss in die Welt kam.⁹⁹ Kurzreferate des Friedensforschers Gert Krell, des Militärschriftstellers Hans Erich Seuberlich und der SPD-Experten Erwin Horn und Karsten Voigt standen im Mittelpunkt des Abends. Bemerkenswert war, dass die IFIAS die Nachrüstungsfrage zu einem Zeitpunkt thematisierte, als die innerparteiliche Kontroverse noch nicht einmal absehbar war. Damit präfigurierte sie eine kritische Einstellung gegenüber den neuen Atomraketen und gegenüber dem Kalten Krieg. Zweitens bediente sie sich aber auch indirekter Einflusskanäle: Sie gab mit Organisationsleitfäden, Themen-

⁹⁵ Vgl. Protokoll der 1. Sitzung des Kuratoriums der „Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“ am 11. 4. 1978 im Hotel im Tulpenfeld, Bonn, 21. 4. 1978, AdsD, Vorlass Voigt, 157.

⁹⁶ Plattform der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, Juli 1978, AdsD, WBA, A10.1 Rosen, 184; Japs: Gegen Trägheit und Resignation. Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, in: *Vorwärts*, 8. 6. 1978, S. 2.

⁹⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 3. 4. 1978, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 81; [Konzept für die Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, 1978], AdsD, 2/PVEK000242; zu ersten Vorüberlegungen Voigt an Brandt, 30. 11. 1977, AdsD, Vorlass Voigt, 157.

⁹⁸ Vgl. Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit: [Übersicht über Veranstaltungen und herausgegebene Informationsmaterialien, 1979], AdsD, Vorlass Voigt, 243.

⁹⁹ Vgl. Einladung zu einem Informationsgespräch „Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen“ [1978], AdsD, Vorlass Voigt, 243.

vorschlagen, Referentenhinweisen, Textbausteinen und Literaturlisten den Ortsvereinen und sicherheitspolitischen Arbeitskreisen die notwendige Hilfestellung, damit diese eine nachrüstungskritische Position einnehmen und weitervermitteln konnten.¹⁰⁰ Zu diesem Zweck hatte Voigt auch ein „Stichwortverzeichnis zur Friedens- und Sicherheits- und Abrüstungspolitik“ konzipiert, das sich an Ortsvereine richtete und dort sehr beliebt war, weil es die Sprache der NATO entschlüsselte, die für die meisten Parteimitglieder unbekannt war.

Überhaupt organisierte die IFIAS ihre Arbeit dezentral. Nachdem sie sich auf Bundesebene konstituiert hatte, gründeten sich im März 1979 Ableger in Bremen,¹⁰¹ im Juni in Hessen¹⁰² und im September in Berlin.¹⁰³ Die Berliner Initiative war unter ihrem Frontmann Wolfgang Biermann sehr umtriebig.¹⁰⁴ Weitere regionale Initiativen folgten, so beispielsweise unter der Verantwortung des Friedensforschers Hans Günter Brauch in Baden-Württemberg.¹⁰⁵ Da die IFIAS vor Ort präsent und aktiv war, gelang es ihr, in die regionalen Gliederungen der SPD hineinzuwirken.¹⁰⁶ Eine ähnliche Zielsetzung wie die IFIAS verfolgte auch der Bundesvorstand der Jusos, als er 1978 den Auftrag gab, eine „Initiative für Frieden und Abrüstung der Jungsozialisten“ zu gründen.¹⁰⁷ Die Initiative sah ihre Aufgabe darin, unter Jusos „eine qualifizierte Abrüstungsdiskussion anzuregen“, mit „Veranstaltungen, Stellungnahmen usw. für eine Friedens- und Entspannungspolitik zu mobilisieren“ sowie „Alternativen zur bisherigen Rüstungspolitik, der lustlosen Verwaltung der Entspannungspolitik und der Politik der Militärblöcke zu entwickeln und zu verankern“.¹⁰⁸ Unter den Mitgliedern bestehe „ein großer Bedarf nach Seminaren, Diskussionspapieren usw.“. So waren sich IFIAS und Jusos in ihren Zielen recht ähnlich: Beide arbeiteten daran, sicherheits- und friedenspolitisches Wissen hervorzubringen und es in der Partei durchzusetzen. Denn der Nachrüstungsstreit war ein Kampf um die Köpfe.

¹⁰⁰ Vgl. „Informationsblatt“ der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit [1979], AdsD, WBA, A10.1 Rosen, 184.

¹⁰¹ Bremer Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit: [Informationsblatt], undatiert, AdsD, Vorlass Voigt, 243; Volker Kröning an Dörte Kett, 22. 10. 1979, AdsD, Vorlass Voigt, 224.

¹⁰² Zu den Zielen einer „Hessischen Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“, undatiert, AdsD, Vorlass Voigt, 243.

¹⁰³ Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit: [Vorgeschichte, weitere Planungen und Organisation der Initiative], undatiert, BStU, MfS, BV Berlin XV, 156, Teil 1/2, Bl. 101.

¹⁰⁴ Vgl. Wolfgang Biermann an SPD-Landesverband Berlin: Gründung einer „Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“ als regionaler Teil der bundesweiten Initiative, 4. 9. 1979, AdsD, Vorlass Voigt, 231; siehe auch die Grundsatzklärung der Berliner IFIAS, April 1980, AdsD, 1/HWAA001907.

¹⁰⁵ Vgl. Hans Günter Brauch: Rohentwurf: Ziele der baden-württembergischen Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, 10. 11. 1980, AdsD, Vorlass Voigt, 226; zur Gründung eines Ablegers in Bayern Rainer Gränzer an Karsten D. Voigt, 30. 9. 1979, AdsD, Vorlass Voigt, 224.

¹⁰⁶ Vgl. Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit: Rundbrief an die Interessenten der Berliner Friedensinitiative, 9. 9. 1980, AdsD, Vorlass Voigt, 243.

¹⁰⁷ Dazu Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Für eine aktive Friedenspolitik! Schluß mit dem Rüstungswettlauf! Initiative für Frieden und Abrüstung der Jungsozialisten in der SPD, undatiert [1979], S. 241–245, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 9893; dazu auch Funktion und Perspektive der Juso-Initiative für Frieden und Abrüstung, undatiert, AdsD, Vorlass Voigt, 270. Das bestehende Konkurrenzverhältnis zur IFIAS versuchte das Manifest zu bereinigen, indem es hervorhob, dass es den beiden Initiativen „nicht um ein Gegeneinander, sondern um ein Ansprechen unterschiedlicher Zielgruppen“ gehe. Für eine aktive Friedenspolitik!, S. 243.

¹⁰⁸ Bundesvorstand der Jungsozialisten: Friedenspolitik, S. 241 f.

Die Gegnerinnen und Gegner der Atomraketen an der SPD-Basis rezipierten und verbreiteten Expertise auf mindestens drei Wegen. Erstens besuchten sie Veranstaltungen, die Friedensforscher abhielten. Zweitens lasen sie ihre Veröffentlichungen – die zahllosen Bücher, Artikel und Aufsätze, Rundbriefe und Friedensgutachten. Sie nahmen auch nachrüstungskritische Periodika wie den „Spiegel“ und den „Stern“ zur Kenntnis. Drittens boten sie sich untereinander eine Vielzahl von innerparteilichen Schulungsseminaren an. Bei den letztgenannten Seminaren lassen sich drei Typen unterscheiden: sicherheits- oder friedenspolitische Schnellkurse, regelmäßig tagende Arbeitskreise oder nur ein oder zwei Stunden dauernde parteiöffentliche Veranstaltungen. Die Nachrüstungsgegner kamen dabei in einer räumlich separierten Umgebung zusammen, bildeten ein Publikum, aus dem spezifische Akteure heraustraten, und gaben sich, wenn sie eine Tagesordnung verabschiedeten oder ein Veranstaltungsprogramm anerkannten, ein festes Skript. Damit verdeutlichten sie sich selbst und der nicht anwesenden Parteiführung, dass sie gleichermaßen in der Lage waren, eine eigene Meinung zu vertreten – gestützt auf rationale, objektive und deshalb wahre Argumente.

Schnellkurse fanden meist in einer seminarähnlichen Atmosphäre als Kompaktveranstaltung mit einer Dauer von ein oder zwei Tagen statt. Ein typisches Beispiel ist das Seminar der SPD-Frauen in Erlangen, die sich am 24. Oktober 1981 im Kulturtreff in der Helmstraße mit der Frage „Abrüstung durch Aufrüstung? Droht ein Nuklearkrieg in Europa?“ auseinandersetzen. In der Seminarankündigung skizzierten die Organisatorinnen das Erkenntnisinteresse: „Werden wir von den Russen bedroht? Gibt es ein militärisches Gleichgewicht? Wird ein 3. Weltkrieg durch die Neutronenbombe wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher?“¹⁰⁹ Der Bericht über das Seminar gibt Einblicke in die Praxis solcher Veranstaltungen:

„Das gut besuchte Seminar der ASF begann mit dem englischen Film ‚War Game‘ (Kriegsspiel), der schon 1966 gedreht wurde, aber nie im englischen Fernsehen gezeigt werden durfte. Dieser Film zeigt sehr eindrucksvoll in realistisch gestellten Szenen die Auswirkung einer Atombombenexplosion. Die schockierenden Bilder bewirkten bei den Zuschauern eine heftige, wenngleich kaum artikulierbare Betroffenheit, die das Interesse am Thema des Seminars verstärkte. In einem Frage-Antwort-Dialog vermittelten dann die Genossen Thilo Castner und Karlheinz Jacobs Informationen zu häufig gestellten Fragen. Dabei machten die beiden Gesprächspartner sehr deutlich, daß im Kriegsfall auch der Einsatz konventioneller Waffen furchtbarste Auswirkungen für Europa haben würde. Die Bewohner unseres Kontinents hätten praktisch keine Überlebenschance. Schließlich ließen die Referenten keinen Zweifel daran, daß ein Atomkrieg auf europäischem Gebiet immer wahrscheinlicher wird, wobei sie als Kronzeugen Militärfachleute der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik zitierten (siehe das Buch ‚Generale für den Frieden‘). [...] Nach einer kurzen Mittagspause fanden sich die Teilnehmer des Seminars noch einmal in Arbeitskreisen zusammen. Der erste Arbeitskreis befaßte sich mit der Frage, ob die Sowjets einen Krieg wollen. [...] Der zweite Arbeitskreis stellte sich die Frage, warum die Konfrontationspolitik der USA verstärkt worden sei. [...] Der 3. Arbeitskreis versuchte Strategien gegen die Aufrüstung zu entwickeln. Dabei wurden Möglichkeiten erörtert, mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, da das bestehende Bildungssystem den Promilitarismus verstärkte. Schließlich wurde auf die geringe, jedoch wachsende Bedeutung der amerikanischen Friedensbewegung hingewiesen. Als Ab-

¹⁰⁹ ASF Erlangen: Abrüstung durch Aufrüstung? Droht ein Nuklearkrieg in Europa? Seminar der ASF [1981], AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13127; siehe ferner die Einladung zu einem Wochenendseminar „Alternative Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Soziale und/oder militärische Verteidigung?“ am 19./20.9.1981 in Kamp-Lintfort. Koordination der Landes-AG zu Friedenspolitik an alle Kreisverbände und örtliche Friedensinitiativen der Grünen: Landes-Arbeitsgemeinschaft Friedenspolitik [September 1981], AGG, Bestand A – Klaus Timpe, 6.

schluß sahen die Teilnehmer einen Film, in dem praktische Beispiele von Friedensaktivitäten gezeigt wurden.¹¹⁰

Dass sich ein Seminar der SPD-Frauenorganisation die Welt von Männern erklären ließ, ist bemerkenswert. Offenkundig ging mit den Gegenexperten ein bestimmtes Bild von Männlichkeit einher, das untrennbar an diskursive Überlegenheit und kognitive Dominanz gekoppelt war. Für die Verfasserin des Seminarberichts spielte diese Geschlechterdimension freilich keine erkennbare Rolle. An ihrem Bericht ist vielmehr zweierlei erwähnenswert. Erstens gibt der Text Hinweise auf den theatralen Charakter der Zusammenkunft: Was das Seminar prägte, war die Interaktion von männlichen Experten und Zuhörerinnen, denn schon der „Frage-Antwort-Dialog“ schied die Anwesenden in zwei Akteursgruppen. Zweitens lief das Seminar nach einem feststehenden Programm ab, dessen Ziel allen Beteiligten vor Augen stand, als sie in den Kulturtreff kamen. Vor allem aber hinterließ der Film „The War Game“, der einen hypothetischen nuklearen Angriff auf Großbritannien in den sechziger Jahren und vor allem den Zusammenbruch jeder gesellschaftlichen Ordnung zeigte, einen tiefen Eindruck im Publikum. Die Autorin schildert ihn als „heftige, wenngleich kaum artikulierbare Betroffenheit“. Damit hatte die Filmvorführung, die aufgrund ihres standardisierten Inhalts beliebig wiederholbar war, einen wichtigen Zweck erreicht: Sie brachte in den Köpfen der Handelnden eine neue Wirklichkeit hervor, wobei das Ergebnis trotz der scheinbar offenen Fragen in der Seminarankündigung von Anfang an feststand. Die Gegnerinnen der Atomraketen in der SPD griffen nicht nur auf friedenswissenschaftliche Publikationen zurück, um Wissen weiterzugeben. Auch in der populärkulturellen Verarbeitung der atomaren Bedrohung fanden sie geeignetes Material, um eine bestimmte Sicht auf die Dinge zu erzeugen.

Neben diesen Schnellkursen konnten sich Sozialdemokraten auch durch Mitarbeit in sicherheitspolitischen Arbeitskreisen in den Stand versetzen, kenntnisreich diskutieren und mitdeuten zu können.¹¹¹ Arbeitskreise waren ein wöchentliches oder monatliches, auf jeden Fall regelmäßig stattfindendes Format, das einen festen Kreis von Parteimitgliedern ansprach.¹¹² Häufig tagten diese Arbeitskreise in den regionalen SPD-Geschäftsstellen. Es handelte sich um fast schon akademische Debattierclubs, in denen Mitglieder Referate hielten und sehr spezifische Sachfragen erörterten. Eine Dokumentation der SPD Stuttgart listete 1983 die Arbeitsgruppen auf, die in den örtlichen Gliederungen angeboten wurden: „Rüstung und Arbeitsplätze“, „Erziehung zum Frieden“, „Neue Wege der Friedenssicherung“, „Innergesellschaftliche Feindbilder“.¹¹³ Zu diesen thematischen Bereichen gab es allein in der Stadt Stuttgart eine Reihe von parallel tagenden Arbeitskreisen. So zeugt auch das Protokoll einer im April 1981 abgehaltenen Sitzung des Ortsvereins Sindelfingen, welches die Standpunkte der Gegner und der Befürworter des Doppelbeschlusses mit Akribie systematisierte, von bemerkenswertem Sachverstand.¹¹⁴ Dass die Argumente während einer einfachen Ortsvereinssitzung zusammengetragen wurden, wäre 15 Jahre früher undenkbar gewesen. Der Vorgang ist ein Beleg dafür, wie sich die

¹¹⁰ ASF Erlangen: Abrüstung.

¹¹¹ Vgl. Helmut Rohde an Rüdiger Reitz, November 1980, AdsD, 2/PVAD000017.

¹¹² Dazu SPD-Ortsverein Neubiberg: Aufruf zum Mitmachen im Arbeitskreis „Friedenspolitik“, 26. 9. 1979, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 98.

¹¹³ Beendet den Wahnsinn – Abrüstung jetzt! Die Friedensarbeit der SPD Stuttgart, Januar 1983, S. 17, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11236.

¹¹⁴ Janos Trencseni: SPD-Ortsverein Sindelfingen: Bericht des Arbeitskreises für Politik (AK-Politik), für 1981 und 1982, undatiert, AdsD, 2/PVEH000299.

sozialdemokratische Mitgliedschaft im Gefolge der soziokulturellen Umwälzungen seit den sechziger Jahren akademisiert hatte und wie die Parteibasis mit einem fast schon wissenschaftlichen Anspruch über die Raketenstationierung diskutierte. Genauso ist er ein Beleg dafür, dass die Zeitgenossen „Rationalität“ als komplementär zu „Emotionalität“ und als überlegene diskursive Strategie dachten. Nicht selbstverständlich sind die intellektuelle Arbeit, die einfache SPD-Mitglieder in die Nachrüstungsthematik investierten, sowie das zeitliche Opfer, das sie ihrem Engagement brachten. Wie groß das Bedürfnis nach Informationen war, zeigt die Not, die der Bundesvorstand der Jusos damit hatte, den gewaltigen Zulauf zu seinen Arbeitskreisen zu reglementieren.¹¹⁵

Schließlich waren neben den Schnellkursen und Arbeitskreisen in den frühen achtziger Jahren öffentliche Veranstaltungen zu bestimmten Aspekten der Nachrüstungsthematik ein gerne genutztes Instrument, um Sachverstand und eine bestimmte Weltanschauung hervorzubringen.¹¹⁶ Diese Veranstaltungen hatten einen öffentlichen oder zumindest parteiöffentlichen Charakter und fanden meist in den Abendstunden statt. Ihr idealtypischer Ablauf ist weiter oben analysiert worden.¹¹⁷ Häufig arbeiteten SPD-Ortsvereine mit lokalen Friedensinitiativen oder mit den Grünen zusammen. In der „Leutkircher Friedenszeitung“ war 1983 von einer solchen Veranstaltung zu lesen. Die Arbeitsgruppe Friedenswoche Leutkirch, die Friedensgruppe des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), die Ortsgruppen von SPD und Grünen sowie der Arbeitskreis Dritte Welt luden gemeinsam zu einer Diskussionsrunde über die Atomraketen.¹¹⁸ Nicht nur kam hier zum Vorschein, aus welchen gesellschaftlichen und politischen Gruppen sich die Friedensbewegung in Leutkirch zusammensetzte. Vor allem brachte die gemeinsame Veranstaltung zum Ausdruck, dass es neben der Sozialdemokratie andere Segmente in der Gesellschaft gab, die sich in den frühen achtziger Jahren sicherheitspolitische Kenntnisse aneigneten. Auch der SPD-Kreisverband Stuttgart, dessen Aktivitäten gut überliefert sind, lud am 17./18. Januar 1981 zu einem solchen Seminar mit etwa hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern „aus dem ganzen mittleren Neckarraum“.¹¹⁹ Referenten waren die Tübinger Friedensforscher Michael Strübel und Volker Rittberger sowie der Verteidigungsexperte des französischen Parti Socialiste, Jacques Huntzinger.¹²⁰ Die Stuttgarter Diskussion strahl-

¹¹⁵ Reinhard Schultz an „verschiedene Genossen aus dem Arbeitskreis Sicherheitspolitik des Bundesvorstands der Jungsozialisten“, undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7720.

¹¹⁶ Siehe die Einladung zu einer Veranstaltung des SPD-Unterbezirks nach Bonn, Georg Kirchner an Albertz, 29. 7. 1983, AdSD, 1/HAAA000092.

¹¹⁷ Siehe ergänzend die Veranstaltung, die im Kurpfälzischen Museum in Heidelberg stattfand. Auf dem Podium diskutierten Holger Heimann (Grüne), Hartmut Soell (SPD), Heinz Reutlinger (CDU) und John Williams (FDP). Moderiert wurde der Abend von Klaus Staeck, siehe: Alle waren für Frieden und Abrüstung. Kontroversen über die besten Wege zur Friedenssicherung – Veranstaltung der Künstlergruppe 79, in: *Rhein-Neckar-Zeitung*, 21. 9. 1981.

¹¹⁸ Vgl. *Leutkircher Friedenszeitung*, Nr. 1, Dezember 1983. Die Zeitung erschien in einer Auflage von 6000 Stück. Sie hatte einen Umfang von vier Seiten und war auf DIN-A 3 gedruckt.

¹¹⁹ Beendet den Wahnsinn – Abrüstung jetzt! Die Friedensarbeit der SPD Stuttgart, Januar 1983, S. 5.

¹²⁰ Dass Jacques Huntzinger als Vertreter der französischen Sozialisten anwesend war, deutet auf die besondere Nähe des baden-württembergischen Landesverbandes zu Frankreich hin, aber auch darauf, dass derartige Berichte stets nur ein selektives Bild der historischen Realität vermitteln. Denn der *Parti Socialiste* bezog in der Nachrüstungsfrage eine grundsätzlich andere Position als die SPD, und es ist wenig wahrscheinlich, dass der streitlustige Huntzinger diese Differenzen in Stuttgart nicht thematisiert hat. Da der Bericht hierzu keine Angaben machte, ist anzunehmen, dass dem Verfasser daran gelegen war, angesichts der Ubiquität der nuklearen Bedrohung eine deutsch-französische Einigkeit zu suggerieren, die von anderen Quellen relativiert wird.

te weit über das Spektrum der SPD hinaus. Sie bestätigte nicht die Weltsicht der Parteiführung, sondern präsentierte eine eingängige Alternative.¹²¹

Natürlich schrieben die Gegnerinnen und Gegner der Atomraketen auch eine Fülle von Positionspapieren im Umfeld dieser Weiterbildungsveranstaltungen.¹²² Mit Papieren manifestierten sie, dass sie kompetent mitreden wollten, und bestritten die Geltung der Regeln, die das Erich-Ollenhauer-Haus errichtet hatte.¹²³ Nicht nur ihr oftmals komplexer und technischer Inhalt, sondern auch schon ihre Niederschrift und weite Verbreitung an der Parteibasis lassen sie als sinnstiftenden Akt erscheinen. So legte der Nürnberger Unterbezirk gegenüber Kanzler Schmidt in einem „Argumentationspapier“ 1981 seine Bedenken dar und unterstrich, dass er den Anspruch erhob, den sozialdemokratischen Blick auf die Welt mitzubestimmen.¹²⁴ Eine Ausgabe der ASF-Zeitschrift „Frau und Gesellschaft“ befasste sich 1982 mit „Argumenten für eine alternative Verteidigungspolitik“.¹²⁵ Der erste Teil des Papiers analysierte den „Sicherheitsbegriff der NATO“, die „Grundzüge der NATO-Militärstrategie“ und die Nachrüstung „im Lichte der NATO-Strategie“, während der zweite Teil über atomwaffenfreie, militärisch verdünnte und entmilitarisierte Zonen, konventionelle Defensivverteidigung, einseitige Abrüstung und soziale Verteidigung informierte. Damit verschoben die Autorinnen die Parameter, in denen die männliche Parteielite dachte, weg vom Ordnungssystem Kalter Krieg.

Wenn die Hamburger Sozialdemokratin Dorothee Stapelfeldt 1983 verlangte, dass ihre Partei sich intensiver mit der Friedenspolitik beschäftigen müsse, dann deckte sich dies kaum mit dem Stellenwert, den eine Mehrheit der SPD-Mitglieder diesem Politikfeld ohnehin beimaß.¹²⁶ Schnellkurse, Arbeitskreise und Veranstaltungen sind Indizien dafür, dass die nachrüstungskritischen Sozialdemokraten von der Parteilinken sich als Teil einer florierenden Schrift- und Diskussionskultur sahen. Sie besuchten in der Hochzeit des innerparteilichen Konflikts Veranstaltungsabende, die Friedensforscher anboten, oder sie organisierten eigenständig sicherheits- und friedenspolitische Weiterbildungsformate, wo sie ihre kognitiven Fähigkeiten und Kenntnisse inszenierten. Das Ergebnis war stets das gleiche: Ein beträchtlicher Teil der SPD-Basis entwickelte sich zu einem Nährboden für eloquent argumentierende „Raketenexperten“, die dekonstruierten, was die SPD-Spitze um Kanzler Schmidt für wirklich hielt. Es war bald unübersehbar, dass die Sozialdemokratie im Nachrüstungsstreit nichts weniger als ihre kollektiv verbindliche Sicht auf die Wirklichkeit Neubestimmen musste.

¹²¹ Siehe auch die Einladung der Karlsruher SPD zu einer Friedenskundgebung mit Eppler am 12. 11. 1983, AdsD, 6/PLKA030434.

¹²² Vgl. Reinhard Schulz, Frieden ist der Vater aller Dinge; Karsten Voigt, Nie wieder Krieg!; beide in: Für Frieden und Abrüstung. Fachkonferenz der Jungsozialisten am 25./26. 8. 1979 in Köln, 1979, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7591; ferner Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Für Frieden und Abrüstung [„Argumenteheft“], undatiert, AdsD, Vorlass Voigt, 194.

¹²³ Dazu auch Die SPD im Kampf mit sich selbst. Papiere, Gegenpapiere, Thesen, Sondierungen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 1. 1982.

¹²⁴ Vgl. SPD-Unterbezirk Nürnberg/FDP-Kreisverband Nürnberg an Schmidt, 15. 7. 1981, AdsD, 1/HSA009425, das Argumentationspapier befindet sich ebd. im Anhang.

¹²⁵ Frau und Gesellschaft. Sozialdemokratischer Informationsdienst/Argumente Nr. 18, September 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9383.

¹²⁶ Vgl. Stapelfeldt an Ortwin Runde u. a., 25. 8. 1983, AHS, Korrespondenz.

3. Abwehrreaktionen: Die SPD-Spitze kämpft um die Deutungshoheit

Nur wer sich mitzuteilen wusste, konnte darauf hoffen, seine Ideen durchzusetzen. Der Nachrüstungsstreit war ein Kampf um die Köpfe, und er war ein Feldzug um die Durchsetzung von Wissen. Die Parteibasis verstand dies rasch, und auch die SPD-Spitze handelte nach diesem Grundsatz. Während Nachrüstungskritikerinnen und -kritiker in den Ortsvereinen das Denken derer herausforderten, die sie mit Führungsaufgaben versehen hatten, ironisierte die SPD-Spitze zunächst, was sich dort abspielte. Der Politologe und Sozialdemokrat Klaus von Schubert bedauerte noch im Frühjahr 1979 in einem Brief an den Parteivorsitzenden Brandt, dass es zu wenige SPD-Mitglieder gebe, die sich kompetent in außen- und verteidigungspolitische Debatten einbringen könnten.¹²⁷ Drei Jahre später bezeichnete Bundeskanzler Helmut Schmidt die Diskussion dagegen als „Erbsenzählerei“.¹²⁸ Die Gegner seiner Politik produzierten viel zu viele Papiere, meinte er. Der SPD-Verteidigungsexperte Karsten Voigt beschrieb das Phänomen gegenüber Gesprächspartnern in Washington 1983 mit der Formel, „[h]eute gebe es in der SPD ‚tausend Clausewitz‘“.¹²⁹ Dass der Streit um die Raketen aus vielen thematisch unbeschlagenen Parteimitgliedern binnen kurzer Zeit Kriegsführungsexperten gemacht hätte, die sich vom Kalten Krieg absetzen wollten, ordnete die Führungsriege als eine Entwicklung ein, die sie vor Probleme stellte. Wie ging sie damit um?

Die SPD-Vorstandsmitglieder waren genauso wenig eine Gruppe mit einem homogenen Standpunkt, wie die Basis durchgängig nachrüstungskritisch eingestellt war. Sie teilten aber die Vermutung, Nachrüstungskritik entspringe einem Mangel an Information oder Einsicht. Symptomatisch war eine Diskussion vom Mai 1981, in der sich der Vorstand einig war, dass es bisher „zuwenig Information“ für die Mitglieder gegeben habe.¹³⁰ So sei der Berliner Beschluss von 1979 „weitgehend immer noch unbekannt“. Wer die anschwellende Opposition gegen die Stationierung darauf zurückführte, dass Andersdenkende die richtigen Argumente nicht durchschauten, musste die Partei nur mit zusätzlichen Informationen fluten, um die Position der Regierung zu stärken. Verteidigungsminister Hans Apel erklärte sich bereit, „diese Lücke mit schließen zu helfen“.¹³¹ In einem persönlichen Brief an Eppler wies er 1981 darauf hin, dass dieser sich jederzeit der Expertise des Verteidigungsministeriums bedienen könne. Eppler spiele in der Debatte „eine aktive Rolle, die einen jederzeit aktuellen Wissensstand in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ voraussetze. Er, Apel, habe „ein natürliches Interesse daran, diesen Wissensstand auch von meiner Seite her zu untermauern und Dir Gelegenheit zu geben, Dich in all den Fragen, die möglicherweise bei Dir noch offen geblieben sind, zu informieren“.¹³² Doch der Versuch, Eppler als einen der schärfsten Kritiker an das rückzubinden, was das Erich-Ollenhauer-Haus für politisch angemessen hielt, scheiterte. In der Parteizentrale setzte sich die Überzeugung durch, dass mehr unternommen werden müsse, um die Kritik zu kontern.

¹²⁷ Vgl. Schubert an Brandt, 21. 3. 1979, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 5.

¹²⁸ Dieter Dettke: Ergebnisniederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises I vom 23. 11. 1982 um 10.30 Uhr, in Raum F 12, 29. 11. 1982, AdSD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11649.

¹²⁹ Botschaft Washington an das Auswärtige Amt: Besuch von MdB Karsten Voigt in Washington am 8., 9. und 12. 12. 83, 13. 12. 1983, AdSD, 1/HWAK000719.

¹³⁰ Rüdiger Reitz: Ergebnisprotokoll der Sicherheitspolitischen Klausur des Parteivorstandes am 18. Mai 1981, 20. 5. 1981, AdSD, 2/PVAD000005.

¹³¹ Ebenda.

¹³² Apel an Eppler, 22. 10. 1981, die Antwort vom 1. 12. 1981, AdSD, 1/EEAC000064.

Die SPD-Spitze erweckte gegenüber der Basis den Eindruck, sie verfüge über die notwendigen Kenntnisse, um zu einem begründeten Urteil zu gelangen. Sie schrieb Papier um Papier und kartographierte die Prämissen ihres Denkens.¹³³ Sie wollte zeigen, dass das Ordnungssystem des Kalten Krieges ungebrochene Erklärungskraft hatte und alternativlos war. Eine wichtige Funktion kam dabei der Kommission für Sicherheitspolitik beim Parteivorstand zu, die sich aus hochrangigen Funktionären sowie Persönlichkeiten aus dem Vorfeld der Partei zusammensetzte.¹³⁴ War sie zum Ende der siebziger Jahre noch ganz auf die Bundeswehr konzentriert, verschob sich ihr Arbeitsschwerpunkt sukzessive darauf, die von der Parteispitze verordnete Sicherheitspolitik zu begründen.¹³⁵ Ihr „Tätigkeitsbericht“ hielt 1982 retrospektiv fest, dass die „Gleichrangigkeit von Rüstungskontrollpolitik und Verteidigungspolitik („Doppelbeschuß““ in den letzten beiden Jahren „verdeutlicht werden“ musste.¹³⁶ Schon 1980 aber sah die „Mehrzahl der Kommissionsmitglieder“ die SPD „denkbar schlecht vorbereitet“, kompetent mitdiskutieren zu können.¹³⁷ Sie wertete die Nachrüstungskritik als „Ausdruck einer sicherheitspolitischen Bewußtseinskrise in der SPD“, deren Grund „eine chronische Verständigungsschwierigkeit über komplizierte Sachverhalte“ sei. Für die SPD-Führung um Schmidt zeigte sich im Nachrüstungsstreit ein Mangel an Information, der durch ein intensiviertes Gespräch zwischen Verantwortungsträgern und Kritikern behoben werden konnte. Selbst diejenigen Vorstandsmitglieder, die wie Brandt, Bahr oder Ehmke den Kurs Schmidts kritisch sahen, teilten diese Einschätzung.¹³⁸

Die Parteispitze dichtete ihre Welt gegen Angriffe ab. Sie standardisierte ihr Wissen und ihre Rhetorik.¹³⁹ Denn sie musste versuchen, die Meinungsführerschaft zu behaupten. Ein wichtiges Instrument war der „Sicherheitspolitische Informationsdienst“, der „die rüstungskontrollpolitische mit der verteidigungspolitischen Komponente gleichgewichtig zum Gegenstand“ hatte.¹⁴⁰ Der Informationsdienst sollte in regelmäßigem Abstand darlegen, „wo nach unserer Meinung die Schwerpunkte in der Diskussion liegen und wo unser gemeinsames Anliegen argumentativ angereichert werden“ könnte.¹⁴¹ Er sollte „Argumente

¹³³ Vgl. Koschnick u. a.: Grundpositionen; dazu Gunter Huonker an Schmidt: Sicherheitspolitische Klausur des Parteivorstandes am Montag, dem 18. Mai 1981, 18.00 Uhr; hier: Entschließungsantrag „Grundpositionen zur sozialdemokratischen Sicherheitspolitik“, entworfen von Hans Koschnick, Wolf Graf von Baudissin, Klaus von Schubert – überarbeitet von Egon Bahr, 15. 5. 1981, AdsD, 1/HSAA006307.

¹³⁴ Vgl. Reitz an Bahr: Vorschlagsliste für die Kommission Sicherheitspolitik, 25. 2. 1980, AdsD, 2/PVAD000017.

¹³⁵ Vgl. Tätigkeitsbericht der Kommission Sicherheitspolitik [1977–1979; Vorlage für die Sitzung des Vorstandes am 10. 9. 1979], undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 328; auch Erwin Horn: Grundlinien sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, undatiert, AdsD, 2/PVAD000021.

¹³⁶ Tätigkeitsbericht der Kommission Sicherheitspolitik von 1979 bis 1981, undatiert, AdsD, 2/PVAD000005.

¹³⁷ Rüdiger Reitz: Protokoll der Sitzung der Kommission Sicherheitspolitik vom 1. 7. 1980, 10. 7. 1980, AdsD, 2/PVAD000017.

¹³⁸ Vgl. Reitz: Ergebnisprotokoll der Sicherheitspolitischen Klausur des Parteivorstandes am 18. Mai 1981 (s. Anm. 130).

¹³⁹ Vgl. den Musterbrief zur Nachrüstung, 23. 11. 1983, AdsD, Vorlass Voigt, 365.

¹⁴⁰ Reitz: Konzeptionsvorschlag für einen Informationsdienst „Sozialdemokratische Sicherheitspolitik“, 25. 11. 1981, AdsD, 2/PVAD000005; Reitz: Ergebnisprotokoll einer Besprechung über die Weiterführung eines Informationsdienstes „Sicherheitspolitik“ am 20. 1. 1982, undatiert, AdsD, 2/PVAD000008.

¹⁴¹ Koschnick: Entwurf „Zum Geleit des Informationsdienstes Sicherheitspolitik“, undatiert, AdsD, 2/PVAD000021.

sozialdemokratischer Friedenspolitik [...] aufbauen helfen“.¹⁴² Die SPD-Spitze gab 1981 auch eine Argumentationshilfe für Mitglieder heraus, die auf drei Seiten die wichtigsten Einwände gegen den Kurs der Führung auflistete und systematisch zu entkräften beanspruchte.¹⁴³ In Antwort auf einen wichtigen Kritikpunkt der Stationierungsgegner unterstrich sie, dass der NATO-Doppelbeschluss „die Gefahr eines Atomkrieges“ nicht größer machen würde. Denn er beinhalte einen Verhandlungsteil, mit dem es gelingen müsse, „durch annäherndes Gleichgewicht, Berechenbarkeit und Vertrauen“ die Raketenstationierung überflüssig zu machen. Die Argumentation war verwirrend: Befürchteten SPD-Mitglieder, dass die Pershing-Raketen und Marschflugkörper das atomare Gleichgewicht destabilisierten, hielt ihnen die Parteiführung entgegen, dass es die Rüstungskontrollpolitik sei, die eine solche Katastrophe verhindern werde. Diese Logik war prekär, denn sie lebte davon, dass Rüstungskontrolle erfolgreich war – und das zweifelten ihre Kritikerinnen und Kritiker gerade an. Auch jenseits des Informationsdienstes oder der Argumentationshilfe gab das Erich-Ollenhauer-Haus eine Vielzahl von Materialien heraus. Eine Extraausgabe des „Sozialdemokrat Magazin“ etwa erläuterte sicherheitspolitische Termini allgemeinverständlich („Friedenspolitik: Fachchinesisch übersetzt“).¹⁴⁴

Neben der SPD-Spitze kämpfte auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung darum, die Meinungsführerschaft nicht zu verlieren.¹⁴⁵ Sie veröffentlichte eine Reihe von Broschüren, mit denen sie die Argumente der Friedensbewegung zu widerlegen hoffte. Neben dem 1980 erschienenen Heft „Es geht um unsere Sicherheit“, das über die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung vertrieben und auch als Unterrichtsmaterial an den Schulen eingesetzt wurde, und dem ab 1982 jährlich vorgelegten Bericht „zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung“ war das schmale Büchlein „Aspekte der Friedenspolitik“ von 1981 wichtig, weil es jedem Einwand gegen den Doppelbeschluss die regierungsoffizielle Sichtweise gegenüberstellte.¹⁴⁶ Es kontrastierte geltendes Wissen mit Alternativentwürfen, um Letztere zu zerlegen. Dass der ehemalige Bundeswehrgeneral Gert Bastian in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ eine Erwiderung publizierte, die sich nicht minder sachkundig mit den Argumenten der Bundesregierung auseinandersetzte, verweist darauf, wie erbittert Experten und Gegenexperten um die Deutungshoheit rangen.¹⁴⁷

¹⁴² Die erste Ausgabe erschien Anfang 1983. Sozialdemokratischer Informationsdienst Sicherheitspolitik, 1/1983, AdsD, 2/PVAD000021.

¹⁴³ Vgl.: Die Argumente der SPD. Thema: Friedenspolitik/Friedensbewegung, in: *Intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, November 1981.

¹⁴⁴ Friedenspolitik: Sicherheit und Entspannung, in: *Sozialdemokrat Magazin*, Extraausgabe/1980, S. 32.

¹⁴⁵ Siehe dazu Öffentlichkeitsarbeit im transatlantischen Austausch: AAPD 1981, II, Dok. 245; Der Bundesminister der Verteidigung: Kernwaffenfreie Zonen? Argumente zu einem aktuellen Thema, undatiert, AdsD, Bestand IFIAS, 77; Arndt: Alarmismus.

¹⁴⁶ Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.): Es geht um unsere Sicherheit. Verteidigung im Bündnis und Rüstungskontrolle, Bonn 1980; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bericht zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1982, Bonn 1982; Auswärtiges Amt (Hrsg.): Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluss des Nordatlantischen Bündnisses, Bonn 1981.

¹⁴⁷ Vgl. Bastian: „Aspekte der Friedenspolitik“. Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluss in der Darstellung der Bundesregierung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 26 (1981), S. 1033–1053. Vgl. auch: Wie das Verteidigungsministerium für die Raketenstationierung wirbt, 14. 6. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 2.

Regelmäßig richtete der Parteivorstand Veranstaltungen aus, um seine Politik zu erklären.¹⁴⁸ Auf einer Sondersitzung der SPD-Fraktion im Dezember 1981 buchstabierte der stellvertretende Parteivorsitzende Hans-Jürgen Wischnewski das Interpretament der Parteispitze durch, indem er darauf hinwies, dass die Sowjetunion bei den Atomraketen überlegen sei. Es bestehe die berechtigte Sorge, so sagte Wischnewski, dass

„die Sowjets eine eurostrategische Option in dem Sinn erhalten könnten, daß sie uns mit einem Erstschlag bedrohen könnten, den wir nicht abschrecken könnten, weil bei Parität zwischen den Großmächten [...] eine solche eurostrategische Option der Sowjetunion gegenüber Westeuropa zur Abkoppelung der Vereinigten Staaten führen könnte“.¹⁴⁹

Dies sei, argumentierte er, das Kernproblem, um das es beim Doppelbeschluss gehe. Was die Genese der parteiinternen Meinungsbildung betraf, hatten solche Informationstagungen für die SPD einen großen Stellenwert. Indem die Abgeordneten sich ihrer Prinzipien vergewisserten, stellten sie einen Diskurs- und Wissensraum mit spezifischen Begrenzungen her. Insbesondere Kanzler Schmidt entwickelte sich zum Meister darin, die Prinzipien dieses Raumes zu erläutern.¹⁵⁰ Wenige Tage nach dem Gipfeltreffen auf Guadeloupe, wo die Vorentscheidung für den NATO-Doppelbeschluss gefallen war, wollte er am 6. Februar 1979 den SPD-Abgeordneten einen Überblick über die dort gefassten Beschlüsse geben.¹⁵¹ Er wurde aber grundsätzlich. Der sicherheitspolitische Schnellkurs, den die Abgeordneten an jenem Nachmittag durchliefen, führte sie von den SALT-Verträgen über die Gleichgewichts- und Abschreckungsstrategie zum Begriff „TNF“ (*Theater Nuclear Forces*), den Schmidt ausführlich erklärte. Auch die Eigenschaften der neuen Raketen auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ analysierte der Kanzler.¹⁵² Er gab seinen Parteifreunden und vor allem seinen Kritikern bei dieser und anderen Gelegenheiten zu verstehen, dass er wusste, wovon er sprach. Das war der Hauptbestandteil seiner Strategie, mit der er sein politisches Koordinatensystem gegen Angriffe schützte. Er fand sogar die Zeit, in persönlichen Briefen an herausragende Protagonisten der Friedensbewegung sein Denken zu begründen.¹⁵³

Das Erich-Ollenhauer-Haus initiierte auch Seminare, um die „Teilnehmer aus den Bezirken und Unterbezirken systematisch zu schulen“, damit sie „auf Parteiveranstaltungen und bei Diskussionen sachkundig argumentieren“ konnten.¹⁵⁴ Die Seminare erfüllten die Funktion, das Wissen des Kalten Krieges auf der regionalen Ebene bekannt zu machen.¹⁵⁵

¹⁴⁸ Siehe SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.): Die SPD 10 Jahre in der Verantwortung. Für Sicherheit und Frieden. Sicherheitspolitische Informationstagung der SPD-Bundestagsfraktion am 19./20. Mai 1979 in Bremen, Bonn 1979; SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.): Sicherheit für die 80er Jahre. Sicherheitspolitische Informationstagung der SPD-Bundestagsfraktion am 19./20. April 1980 in Köln, Bonn 1980.

¹⁴⁹ Informationsgespräch der SPD-Bundestagsfraktion über „Sicherheits- und Friedenspolitik“ am 16. und 17. 12. 1981, 17. 12. 1981, AdsD, Bestand SPD-BTF, IX. WP, 2/BTFI000039, S. 8, 10.

¹⁵⁰ Siehe Helmut Schmidt: Ansprache auf dem SPD-Landesparteitag Nordrhein-Westfalen am 2. 2. 1980 in Bochum, undatiert, AdsD, 1/HSAA010435.

¹⁵¹ Zum Treffen auf Guadeloupe vgl. Geiger: Schmidt-Genscher, S. 107.

¹⁵² Vgl. Schmidt: Abschrift der Äußerungen vor der SPD-Fraktion am 6. 2. 1979, 13. 2. 1979, S. 13, AdsD, 1/HSAA006524.

¹⁵³ Vgl. exemplarisch Schmidt an Ingeborg Drewitz, 22. 1. 1981, AdsD, 1/HSAA006816.

¹⁵⁴ Walter Edenhofer: Aktionen zum Thema Friedens- und Sicherheitspolitik (Ergebnis des Gesprächs mit Peter Glotz am 26. 5. 1981), 2. 6. 1981, AdsD, 2/PVAD000001.

¹⁵⁵ Vgl. Gebhard Hillmer: Glotz: Für die Partei gibt es kein Zurück. Ausweitung des Gesprächs der SPD mit Friedensbewegung angekündigt, in: *Weser Kurier Bremen*, 17. 10. 1981.

Deshalb unterschieden sie sich schon im Ansatz von den Veranstaltungen, die Friedensforscher als Gegenexperten abhielten. Nun zeigte sich, dass das Erich-Ollenhauer-Haus mit seiner bürokratisierten Arbeitsweise einen Startvorteil gegenüber den Nachrüstungsgegnern hatte, die Kommunikationsstrukturen erst herstellen mussten. Denn die SPD-Zentrale legte eine umfangreiche Kartei mit Referenten an, die sich innerhalb des hegemonialen Diskursraumes der Partei bewegten und von Ortsvereinen, Kreisverbänden oder Unterbezirken gebucht werden konnten.¹⁵⁶ Nicht anders lässt sich erklären, dass Egon Bahr auf dem „Forum Frieden“ des besonders nachrüstungskritischen Bezirks Hessen-Süd im Februar 1982 – also deutlich vor dem Regierungswechsel im September und damit vor dem Stimmungsumschwung in der Partei – eine vielbeachtete Rede hielt, in welcher er den Doppelbeschluss verteidigte und die Gegner der Atomraketen bat, das Ergebnis der Rüstungskontrollpolitik in Genf abzuwarten.¹⁵⁷ Wenngleich Bahr kaum verbarg, dass er die Stationierung nach gescheiterten Verhandlungen im Gegensatz zu Schmidt ablehnte, waren große Teile der SPD und der Friedensbewegung kaum mehr bereit, den Supermächten in Genf Zeit zu gewähren, und so blieb der Versuch ergebnislos, die Alternativlosigkeit des Doppelbeschlusses aus der Logik des Beschlusses heraus zu bestimmen.¹⁵⁸ Dennoch sollte man den Nachrüstungsstreit in der SPD nicht als eine Geschichte erzählen, in der die etablierte Sicherheitspolitik zerfiel und durch alternative Konzepte ersetzt wurde. Denn dies wäre eine grobe Vereinfachung. Zwar geriet die Politik von Schmidt erheblich in die Defensive, doch sie konnte sich über Krisen hinweg behaupten. Auch der Kalte Krieg mit seinen epistemologischen Grundlagen behielt für viele Sozialdemokraten seine Plausibilität und Legitimation, wie die Abwehrreaktion im Erich-Ollenhauer-Haus zeigt.

¹⁵⁶ Unterlagen „Referentenvermittlung“, 1978–1982, AdsD, 2/PVAD000012.

¹⁵⁷ Siehe Egon Bahr: Ausführungen beim Forum Frieden des SPD-Bezirksverbandes Hessen-Süd am 13. 2. 1982 [korrigierte Tonbandabschrift], undatiert, AdsD, 1/EBAA000460; Georg Paul Hefty: Genf als letzte Chance für die Deutschen? Bahr beim Forum Frieden der SPD Hessen Süd, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. 2. 1982; auch Joachim Westhoff: Apel: Regierungsfähigkeit nicht verspielen. SPD setzt Forum Frieden fort – Sicherheitskonferenz in Dortmund, in: *Westfälische Rundschau*, 19. 10. 1981; Keine Garantie für die Zukunft. „Forum Frieden“ der SPD mit Peter Glotz – Kritik am Doppelbeschluss, in: *Bremer Nachrichten*, 14. 10. 1981.

¹⁵⁸ Hierzu ist der Briefwechsel zwischen dem Friedensforscher Horst Afheldt und dem SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz paradigmatisch: „Raketenpartei oder Friedenspartei? Sozialdemokratie und Sicherheit“, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 9. 8. 1981.

